

Geschichte und Gesellschaft

Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft

Herausgegeben von

Werner Abelshauser / Gisela Bock / Ute Frevert /
Wolfgang Hardtwig / Wolfgang Kaschuba / Jürgen Kocka /
Dieter Langewiesche / Hans-Jürgen Puhle / Reinhard Rürup /
Wolfgang Schieder / Klaus Tenfelde / Hans-Peter Ullmann /
Hans-Ulrich Wehler / Hartmut Zwahr

Sonderheft 18:

Das Neue Jahrhundert

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

Das Neue Jahrhundert

Europäische Zeitdiagnosen
und Zukunftsentwürfe um 1900

Herausgegeben von

Ute Frevert

Vandenhoeck & Ruprecht
in Göttingen

K

SA 9518

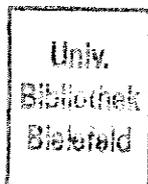
14

CV 750

N 4 M 2
A

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

*Das neue Jahrhundert: europäische Zeitdiagnosen
und Zukunftsentwürfe um 1900* / hrsg. von Ute Frevert. –
Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht, 2000
(Geschichte und Gesellschaft : Sonderheft ; 18)
ISBN 3-525-36418-0



© 2000 Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen
Printed in Germany. – Das Werk einschließlich aller seiner Teile
ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb
der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung
in elektronischen Systemen. : : :

Satz: Satzspiegel, Nörten-Hardenberg
Druck- und Bindearbeiten: Hubert & Co., Göttingen

Im Bann des 19. Jahrhunderts

Die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Zukunftsvorstellungen
zu Gesellschaftspolitik und „sozialer Frage“

von Thomas Welskopp

Im „Vorwärts“ kündeten Annoncen für „Rum, Arac und Punsch“ das Fest der Jahrhundertwende an. Man warb für „lebende böhmische Eiskarpfen“, für „Glühwein-Extrakt“ und „humoristische Neujahrskarten“. Ein Berliner Drechslermeister namens Günzel bot „Neujahrs-Cigarrenspitzen“ feil, das Dutzend ab 40 Pfennige, darunter auch „sozialistische“ mit Porträts von Lassalle und Marx. Erstaunlich viele kommerzielle Anzeigen für große Silvesterbälle, etwa im Metropol-Theater, illustrierten, daß das sozialdemokratische Milieu der Reichshauptstadt mittlerweile eine Massenkaufkraft repräsentierte, die so groß war, daß sich selbst der „Klassenfeind“ über ideologische Milieuvorbehalte hinwegsetzte, um sie für sich zu erschließen.¹ Eine besondere Aufbruchseuphorie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert läßt sich aus den Festankündigungen und -protokollen im Umfeld der deutschen Sozialdemokratie jedoch nicht herauslesen. Vielmehr kommentierte man – belustigt und despektierlich – den Jahrhundertwendentaumel der anderen: die rauhen Silvesterrituale *Unter den Linden* und in der *Friedrichstraße*, wo pubertierende Jugendliche honorigen Bürgern den Zylinder vom Kopf stießen, und die von selbstzufriedenem Pathos triefende militärisch-sakrale Festzeremonie des Kaisers vor dem Berliner *Zeughaus*.² Man vergaß auch nicht, penibel zu vermerken, daß „wir die Wende des Jahrhunderts feiern sollen, obgleich noch ein Jahr fehlt, ehe das Jahrhundert abgelaufen ist“. Obwohl man sich letztlich der Jubiläumsbewegung nicht entzog, glaubte die Sozialdemokratie, sich einen solchen Hinweis schuldig zu sein. Schließlich bewies man sich damit erneut als eine dem offiziellen Establishment überlegene Partei der – eben auch mathematisch – exakten Wissenschaft: „In der That scheint es auch nicht, als ob die offiziellen Träger der bestehenden Welt ein besonderes Grauen vor der Jahrhundertwende empfänden; im Gegenteil haben sie in ihrer Freude am Jubel lauter Feste den Zeiger der Zeit um ein Jahr vorgerückt, sie feiern das neue Jahrhundert noch ehe es da ist“.³ Mit intellektuellen Distanzierungsgesten dieser Art versuchte die parteioffizielle Propaganda der deutschen Sozialdemokratie, die Euphorie und Hysterie des

1 Vgl. etwa: Vorwärts, Beilage zu Nr. 302, 28.12.1899.

2 Vorwärts, Beilage zu Nr. 1, 3.1.1900.

3 F. Mehring, Die Wende des Jahrhunderts, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 13, S. 385–388; 385; Die Kultur der Massen, in: Vorwärts, Nr. 305, 31.12.1899.

Jahrhunderttaumels zu dämpfen, die Bedeutung der Zäsur herunterzuspielen und an ihre Stelle eine nüchterne Bestandsaufnahme und einen optimistischen, doch unterkühlten Ausblick in die Zukunft zu setzen. Das Parteivolk indessen scheint sich – nach dem, was wir wissen – den klassenunspezifischen Vergnügungen ausgelassenen Feierns durchaus ergeben zu haben.

1. Die deutsche Sozialdemokratie und das Jahrhundert der Produktivkräfte. Die Jahrhundertschwelle ließ sich für die deutsche Sozialdemokratie nur schwer ideologisch instrumentalisieren, wollte man sich dabei nicht auf das Niveau des oberflächlichen Taumels begeben, wie er in der bürgerlichen Öffentlichkeit inszeniert wurde. Da man sich souverän im Besitz des Wissens um die langfristige geschichtliche Entwicklungslogik wähnte, hob sich das Datum des 1. Januar 1900 nicht qualitativ über die Bedeutung anderer Jahreswenden hinaus. Für die Sozialdemokratie bedeutete *jede* Zeitschwelle zwischen zwei Jahren eine Etappe auf dem Weg in die neue Gesellschaft; sie benötigte das Ende des Säkulums nicht als bloß formale, äußerliche Zäsur auf dem langen Marsch in die „Neue Zeit“. So mußte der Jahrhundertzauber für sie als artifiziell und aufgesetzt erscheinen. Die exaltierten Fin de siècle-Aufgeregtheiten der Zeitgenossen waren in diesem Sinne nur dekadente Spielereien und abergläubische Beschwörungsgesten, die gesellschaftspolitische Desorientierung und Niedergang verrieten. Die Wende zum 20. Jahrhundert markierte für die Sozialdemokraten keine Epochen-grenze; sie fungierte lediglich als Symbol für den Fortschritt in der kontinuierlichen Entwicklung auf den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung des sozialistischen „Volksstaats“ hin. Für die Sozialdemokratie, hieß es in der Silvesternummer des „Vorwärts“,

„hat die Jahrhundertwende nur die Bedeutung, daß sie, nicht klagend und nicht prahlend, nicht betend und nicht fluchend, nicht in abergläubischer Furcht und nicht in verzweifelterm Trotze, aber in fröhlicher Zuversicht ihren Befreiungskampf im Dienste der Menschheit am ersten Tage des neuen Jahrhunderts fortsetzen wird, wie sie ihn am letzten Tage des alten Jahrhunderts beschlossen hat.“⁴

Die symbolische Schwelle zum 20. Jahrhundert bestätigte somit nur zeichenartig eine ohnehin verbreitete Siegesgewißheit, die allerorten beschworen wurde: „Es wird ein Jahrhundert der Erfüllung sein, wie das neunzehnte Jahrhundert ein Jahrhundert der Hoffnung war.“⁵

Bereits zum Jahreswechsel 1897/1898 hatte „Der wahre Jacob“ auf seiner Titelseite eine allegorische Darstellung gebracht, die die Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsvorstellungen der deutschen Sozialdemokratie *in nuce* symbolisch verdichtete: Die historische Entwicklung verkörperte eine riesi-

4 Die Kultur der Massen, in: Vorwärts, Nr. 305, 31.12.1899.

5 Mehring, Die Wende des Jahrhunderts, S. 385.

ge Lokomotive modernster Bauart, die, girlandengeschmückt und besetzt mit zwei fröhlichen mützenschwingenden Musterproletariern, mit Voll-dampf auf eine Weiche zuraste, deren eine Abzweigung auf ein lorbeerbekröntes Säulenportal zuführte, in das die Worte „Die neue Zeit“ eingraviert waren. Im gleißenden Sonnenlicht hinter dieser Pforte harnte die klassenbewußte Arbeiterschaft unter wehenden Fahnen, um die Lokomotive des Fortschritts willkommen zu heißen. Eine kräftige Frauengestalt im Gewand der Französischen Revolution und mit phrygischer Mütze – die allegorische Personifizierung der Sozialdemokratie – stand am Schalthebel des Stellwerks im Vordergrund, im Begriff, die Weiche herumzuwerfen und die in voller Fahrt befindliche Lokomotive auf den Kurs „in die neue Zeit“ zu bringen.⁶ Die Sozialdemokratie präsentierte sich damit als eine Partei der ungebremsten industriellen Entwicklung, als eine Partei der entfesselten Produktivkräfte, deren ungetrübter Fortschrittsoptimismus von der Vorstellung genährt wurde, man müsse zu geeigneter Zeit quasi nur einen Schalter umlegen, um den Schwung der kapitalistischen Eigendynamik dazu zu nutzen, die ökonomische Expansion auf sozialistischen Kurs und über die Systemschwelle zum „freien Volksstaat“ der Zukunft zu bringen.

Die sozioökonomischen Zeitdiagnosen und Zukunftsvorstellungen der deutschen Sozialdemokratie prägte eine radikal „prometheische“ Weltansicht. In ihrer Industrie-, Technik- und Wissenschaftsgläubigkeit übertraf sie spielend sogar die technizistische Effizienz- und Machbarkeitsideologie der Ingenieurverbände.⁷ Das wurde dadurch möglich, daß man in einer ideologischen Ausblendungsoperation die „Produktivkräfte“ von den „Produktionsverhältnissen“ trennte, d. h. „Industrialismus“ und „Kapitalismus“ voneinander schied. Natürlich kritisierte man das kapitalistische System asymmetrischer Eigentumsverhältnisse: Es hemme die freie Entfaltung industrieller und wissenschaftlicher Potentiale, und es habe verhindert, daß die Arbeiterschaft adäquat vom konjunkturellen Aufschwung seit Mitte der 1890er Jahre profitieren konnte.⁸ Aber die Kapitalismuskritik war seit den 1870er Jahren spürbar in den Hintergrund des Diskurses getreten und in wenigen abgedroschenen Beschwörungsformeln erstarrt. Statt dessen sang man nunmehr vor allem das Loblied der industriellen Expansion, der technischen Entwicklung und des wissenschaftlichen Fortschritts. Durch die Trennungsoperation der „Produktivkräfte“ von den „Produktionsverhältnissen“ wurden erstere quasi ideologisch neutralisiert und theoretisch aus dem kapitalistischen Wertungssystem ausgekoppelt. Der „Industrialismus“ der deutschen Sozialdemokratie erschien als systemneutraler naturgesetzlicher Prozeß, auf dessen Errungenschaften man stolz war und auf die man

6 Der wahre Jacob, Nr. 299, 4.1.1898.

7 V. Drehsen u. W. Sparr (Hg.), Vom Weltbildwandel zur Weltanschauungsanalyse. Krisenwahrnehmung und Krisenbewältigung um 1900, Berlin 1996.

8 Zur Lage der Arbeiter, in: Vorwärts, Nr. 304, 30.12.1899.

Anspruch erhob, weil es schließlich die Arbeiter seien und nicht die Unternehmer, die seine materiellen Träger darstellten: „Das moderne Proletariat ist der Träger der modernen Produktionsweise, der das neunzehnte Jahrhundert alle seine ungezählten Wunder verdankt“.⁹

Man reklamierte also unter Berufung auf die Formel, die Arbeit sei die Schafferin aller Werte, die industrielle Expansion und den technischen Fortschritt für sich. Damit reduzierte man den Kapitalismus auf ein sekundäres Steuerungs- und Verteilungsproblem. Dies gestattete eine uneingeschränkte Bejahung der wirtschaftlichen Entwicklung und nährte einen grenzenlosen Fortschrittsoptimismus. Die Seiten der „Neuen Zeit“ waren gefüllt mit naturwissenschaftlichen Betrachtungen und modernistisch formulierten Nachrichten von Expeditionen und Entdeckungen. Selbst die langgliedrigen Fingeräffchen Madagaskars fanden in der sozialdemokratischen Parteipresse Erwähnung. Die Berichte von der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 waren sprachlich von der Ästhetik freitragender Stahlbrückenkonstruktionen geprägt. Der Berliner Apotheker Heinrich Vogel übertrug in seinen „Ausblicken in das neue Jahrhundert“ den auch in der Sozialdemokratie grassierenden naturwissenschaftlichen Darwinismus auf die Staatenwelt und prognostizierte den Großmächten der Zeit eine Einbuße an Macht in dem Maße, wie sich ihre Kohlereserven erschöpften. Das Zeitalter des Erdöls hatte noch nicht begonnen, und Kolonialpolitik wie Auslandsinvestitionen als Mittel zur Kompensation schrumpfender Ressourcen tauchten in Vogels Ausführungen erst am Rande auf.¹⁰

Indem man die ökonomische Expansion und den technischen Fortschritt von ihren kapitalistischen Systemkontexten abkoppelte und sie als Produkte der Arbeit für das Proletariat und seine Bewegung reklamierte, konnte man sich mit den positiven Charakteristika des industriellen Zeitalters uneingeschränkt identifizieren und umgekehrt Probleme und krisenhafte Tendenzen einseitig dem kapitalistischen System zuweisen – als Folgen einer ungerechten politischen Überformung eigentlich durch und durch guter, zukunftsweisender Produktionspotentiale. So hob der Bericht von der Pariser Weltausstellung die Anwesenheit des sozialistischen Ministers Millerand hervor, dem in seiner Eröffnungsrede „die ehrenvolle Aufgabe zufiel, das Riesennetzwerk, in dem sich die schönsten Blüten der Schaffenskraft aller zivilisierten Nationen zu einem herrlichen Bouquet verbinden, den Repräsentanten der zivilisierten Welt feierlich zu übergeben“. In den richtigen – sozialistischen – Händen seien Industrie, Technik und Wissenschaft Werkzeuge des „Völkerfriedens“ und der „Völkersolidarität“, Grundprinzipien, die die Pariser Ausstellung in ihrer ganzen Anlage zum Ausdruck bringe:

⁹ Mehring, Die Wende des Jahrhunderts, S. 387.

¹⁰ H. Vogel, Ausblicke in das neue Jahrhundert, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 14, S. 444–446.

„Mit deutlicher Anschaulichkeit sprachen sie uns schon in der Werdeperiode an, als bei Errichtung der Riesenkonstruktionen, Dynamos, Rollbrücken und Hebeapparate, welche deutschem Fleiß entstammten, allen anderen Nationen zu erfolgreichem und glanzvollem Auftreten energische Hilfe leisteten; sie kommen mit reizvoller Harmonie in der tausendfältigen Ornamentierung, Dekoration und Ausstattung der die Gewerbe- und Kunstprodukte aller Nationen beherbergenden Paläste und Hallen zur Geltung, wo ohne jedwede engherzige Exklusivität oder feindselige Konkurrenz mit vollen Händen gegenseitig aus den Kunstschätzen aller Völker geschöpft wurde; sie treten uns endlich mit phantasievoller und zugleich rührender Symbolik aus der *Straße der Völker* entgegen, wo ohne jede Rücksicht auf politische Allianzen oder Dissonanzen alle Großmächte dicht nebeneinander ihre Lager aufgeschlagen und durch die abwechslungsreiche Architektur ihrer Stilarten gegenseitig zur Hebung ihres ästhetischen und künstlerischen Wertes beitragen. Die Weltausstellung bringt uns noch freilich nicht den Weltfrieden, aber sie rät und lehrt ihn auf jedem Schritte.“¹¹

So werde es die Zukunft notwendig mit sich bringen, daß der „Industrialismus“ und seine Träger, die Arbeiter der Kulturnationen, die Fesseln des Kapitalismus zerrissen und zu ihrer wahren Entfaltung gelangten. Dann könne man auch die beobachteten linearen Trends der wirtschaftlichen Expansion, des Wachstums der Großindustrie und des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts auf ständig gesteigertem Niveau extrapolieren. Das Kapital und die Unternehmer als Hemmschuhe dieses Potentials seien überflüssig und verzichtbar. Durch ihr anachronistisches Festhalten an der Macht drohten diese parasitären Drogenexistenzen und ihre müßiggängerische Dekadenz lediglich, eine gesunde Fortentwicklung zu bremsen:

„Überall dieselbe Erscheinung. Dort, wo tüchtige Arbeit, ein Zusammenwirken von tausend anonymen Kräften, einer moralisch gesunden und sozial emporstrebenden Arbeiterklasse den Ausschlag giebt, sehen wir Gelingen und Fortschritt, dort dagegen, wo das erschöpfte Gehirn einer degenerierten, dem Verfall entgegenliegenden gesellschaftlichen Klasse selbständig auftritt, nur Banalität, Mittelmäßigkeit, Niedergang.“¹²

Das anbrechende 20. Jahrhundert war für die deutsche Sozialdemokratie gekennzeichnet durch eine lineare bzw. nach Möglichkeit beschleunigte Fortsetzung trendartiger Entwicklungsstränge, die ihre Wurzeln im Industrialisierungsprozeß des späten 19. Jahrhunderts hatten. Daher stellte für sie die Jahrhundertchwelle weniger eine Zäsur dar als eine Bestätigung von Kontinuitäten, die naturnotwendig auf den Umschlag in die sozialistische Gesellschaft in ferner – aber stetig näherrückender – Zeit zuliefen. Eigentlich steckte in diesem „prometheischen“ Weltbild eine paradoxe Deutungsoperation: Die enorme wirtschaftliche Expansion in der Phase der Zeitenwende,

¹¹ F. Nossig, Pariser Weltausstellung 1900, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 31, S. 117–122; 117 f.

¹² Ebd., S. 121.

das Wachstum der Großunternehmen, die aufsehenerregenden technischen Innovationsschübe und die rastlose Entdeckungs- und Entwicklungswut der Wissenschaften wiesen den Kapitalismus als vitale, aufwärtsstrebende Produktionsweise aus, die kraftstrotzend und zukunftsfröhlich schien. Auf spezifische Weise versuchten die sozialdemokratischen Diagnostiker und Prognostiker diese Kraftquelle anzuzapfen, um ihre Energie auf die eigene Bewegung umzulenken und den Systemfeind dennoch als dem Untergang geweiht zu porträtieren: Indem man die linearen Wachstumstrends der produktiven Sphäre aber aus ihren Systembindungen herauslöste und die Notwendigkeit der Verbindung zwischen – expandierendem – „Industrialismus“ und – krisenhaftem – Kapitalismus bestritt, konnte man eine in die Zukunft gerichtete Expansionsgeschichte der „Produktivkräfte“ schreiben und *trotzdem* den Niedergang des Kapitalismus beschwören. Im Grunde weigerte man sich unter Berufung auf das Arbeitswertgesetz, die linearen Trends des Wachstums und des Fortschritts als Produkte des kapitalistischen Systems anzuerkennen. Vielmehr reklamierte man diese als *eigene* Leistung, als systemisch neutrale Leistung einer Arbeiterschaft, deren Kreativitäts- und Produktivitätspotentiale noch gar nicht hinreichend freigesetzt seien, solange der Ausbeutungsmechanismus des Kapitalismus sie in seinen Fesseln gefangenhielt. Auf dieser Basis dann war es möglich, die ökonomischen und technischen Entwicklungsschübe der Zeit nicht als Stärkephänomene des Kapitalismus, sondern als Symptome *eigener* Stärke und näherrückender Umwälzungen zu werten – und uneingeschränkt zu begrüßen. Das war um so plausibler möglich, als man den unübersehbaren eigenen organisatorischen Erfolg: das rapide Wachstum der organisierten Arbeiterbewegung und ihre fortschreitende institutionelle Perfektionierung, als einen weiteren linearen Trend parallel neben die ökonomischen und technischen Tendenzen stellte, ihn gleichfalls in die Zukunft extrapolierte, und damit das Zukunftsbild einer gleichgerichteten, unaufhaltsamen Bewegung auf den Sozialismus zu in einer fast naturgesetzlichen Rhetorik beschwor:

„Überreich war dies Jahrhundert an Fortschritten auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, an Fortschritten, die selbst die kühnsten Geister nicht einmal ahnten, als es zuerst aus der Zeiten Schoße heraufgraute, aber sie alle überragt, wie die Krone des Baumes seinen Stamm und seine Wurzeln, der proletarische Emanzipationskampf, als die nicht mehr mythische, sondern tatsächliche und wahrhaftige Erlösung des Menschengeschlechts. Die Feuertaufe dieses Kampfes, sein rasches und unüberstehliches Vordringen, wenn auch noch nicht zum Siege selbst, so doch zur unerschütterlichen Gewißheit des Sieges, giebt dem neunzehnten Jahrhundert seine historische Weihe, die es hoch emporhebt über alle seine Vorläufer, giebt ihm seine weltgeschichtliche Stellung als Markstein, von wo aus erst die wirkliche Geschichte der Menschheit beginnt.“

Schulter an Schulter mit den expandierenden Großunternehmen, der vorwärtseilenden Technik und der sich entfaltenden Wissenschaft marschierte

in diesem Bild das klassenbewußte Proletariat unter der energischen Führung seiner organisierten Bewegung einer verheißungsvollen Zukunft entgegen. Die Zukunftsdiagnose diente damit in erster Linie der Selbstvergewisserung angesichts der Unsicherheit, wann und wie die linearen Wachstumstrends der Gegenwart dialektisch in das neue System des Sozialismus umschlagen würden:

„Es ist mächtig vorwärts gegangen, und es wird je länger, je mächtiger vorwärts gehen. Vielleicht nicht immer in ununterbrochenem, vielleicht auch nicht in so schnellem Siegeslauf, das schon das zwanzigste Jahrhundert die Schlacht um den Birkenbaum sehen wird. Kein noch so zuversichtlicher Prophet kann darüber zuverlässige Auskunft geben. Aber mit freudigem Muthe und stolzer Zuversicht überschreitet das klassenbewußte Proletariat die Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts. Wer zu seiner Fahne schwört, hat ein Ideal, wie es keine Vorzeit größer gekannt hat und besitzt eine Bürgschaft des Sieges, wie sie der genialste Eroberer noch nie besessen hat.“¹³

II. Der sozialdemokratische „Deutungskonzern“ als legitime Reflexionsinstanz der gesamten Arbeiterbewegung? Die Grundstrukturen dieses sozialdemokratischen Deutungskosmos waren in den 1870er Jahren entstanden, und seine Tradierung und inhaltliche Auffüllung waren mehr und mehr in das Monopol einer umfangreichen hauptamtlichen Parteielite übergegangen, deren Massierung in den Metropolen Deutschlands Züge eines sich von der Parteibasis hermetisch abschließenden totalen Milieus, eines „Parteimilieus“¹⁴ mit eigenen lebensweltlichen Handlungskontexten, hervorgebracht hatte.¹⁵ Reichstagsabgeordnete, Parteisekretäre und Literaten, Parteidaktoren, Verleger, Druckereibesitzer und Kolportiere beherrschten dieses Milieu. 1904 beschäftigte die zur Massenpartei expandierte SPD 16 hauptamtliche Bezirkssekretäre, 329 Redakteure und Expedienten sowie 1.476 Arbeiter in den parteieigenen oder parteinahen Druckereibetrieben und Verlagen. Gemessen an einer Parteimitgliedschaft von (1905/1906) 384.327 Personen bedeutete dies, daß rechnerisch auf nur 200 Parteimitglieder ein besoldeter Parteifunktionär entfiel.¹⁶ Die deutsche Sozialdemokratie war um die Jahr-

13 Mehring, Die Wende des Jahrhunderts, S. 385 f., 387 f.

14 Vgl. dazu ausführlich: T. Welskopp, Das rote Banner der Brüderlichkeit. Die frühe deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Erlass des Sozialistengesetzes, Habilitationsschrift FU Berlin 1998, bes. Kap. II.9.

15 Vgl. etwa die farbigen Beschreibungen der sozialen Welt dieses Parteilieus in: A. Latschitzka, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg. Eine Biographie, Berlin 1996: bei Kautskys zum Kaffee, mit Bruno Schoenlank ins Theater, dann wieder die Kautskys zu Besuch in Luxemburgs Friedenauer Wohnung, was ihr lästig fiel, weil Kautsky immer lange blieb, besonders wenn er getrunken hatte. Sie könne kaum einmal in Ruhe spazieren gehen, klagte Rosa Luxemburg in Briefen, immer lauere Frau Kautsky hinter der Gardine, um sie zu längerem Plauschen abzapfen.

16 Zahlen nach: R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie.

hundertwende zu einem mächtigen „Deutungskonzern“ herangewachsen. Die in diesem Deutungskonzern formulierten Zeitdiagnosen und Zukunftserwartungen verwiesen im Grunde zumindest ebenso auf den inneren und äußeren Zustand der Partei, wie sie Schlußfolgerungen aus der Beobachtung der Gesellschaft darstellten.

Hier, in diesem dichten Milieu professioneller Gesellschaftsbeobachter und politischer Prognostiker, wurden das sozialdemokratische Selbstbild, die sozialdemokratischen Zeitdiagnosen und die sozialdemokratischen Zukunftsvorstellungen möglichst verbindlich verwaltet, wobei es auf ein sensibles Austarieren zwischen der Legitimierung flexibler Tagespolitik und dem Einpassen widersprüchlicher politischer Erfahrungen in das Gerüst der orthodoxen Grundutopie ankam. Dabei spielten tagtägliche Legitimationsbedürfnisse und Verwertungsabsichten eine ebenso entscheidende Rolle wie Strömungskonkurrenzen innerhalb dieses Milieus, die immer auch Konkurrenzen um Führungspositionen und Definitionsmacht waren. Das hatten der Konflikt um die „Jungen“ Anfang der 1890er Jahre und die „Zukunftsstaats“-Debatten auf den Parteitag von 1891 und 1893 deutlich gezeigt.¹⁷ Um die Jahrhundertwende herum nun war der *Revisionismusstreit* zwischen Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Franz Mehring und den jungen Radikalen um Rosa Luxemburg heftig im Gange. Die oben zitierten Zeitdiagnosen und Zukunftsvorstellungen im „Vorwärts“ und in der „Neuen Zeit“ repräsentierten dabei die „zentristische“ Position des „weiter so“. Sie isolierten Beobachtungen und Erscheinungen der Gegenwart, um sich selbst, den innerparteilichen Gegnern und dem Parteivolk zu suggerieren, daß man sich auf dem einzig richtigen, siegverheißenden Wege befand. Der legitimatorische „Gebrauchswert“ dieser Aussagen war dabei größer als ihre gesellschaftsdiagnostische Validität. Jenseits des Forums der Parteiorgane – und vor allem der lediglich in parteiintellektuellen Zirkeln rezipierten, theoretisch ausgerichteten „Neuen Zeit“ – scheint der Bedarf an Klärung der Zukunftsaussichten für das neue Jahrhundert an der Basis überraschend wenig ausgeprägt gewesen zu sein. Zwar beraumten einige Gliederungen der Partei und verschiedene Gewerkschaften noch für den Silvestertag 1899 Versammlungen ein. So hielt etwa „Herr Dr. Bruno Wille“ vor dem Berliner *Maurerverein* „einen Vortrag über: ‚An der Schwelle des Jahrhunderts‘“. Offensichtlich stieß er dabei jedoch auf wenig mehr als höfliche Zuhörerbereitschaft. Lakonisch hieß es: „Eine Diskussion über den lehrreichen, mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt“. Auch über das Referat des Genossen Kutzle in Friedrichsfelde, „der in interessanter Weise einen Rückblick der bedeut-

Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Stuttgart 1989¹, S. 266 f.; Parteimitgliedschaft nach: D. Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917, Berlin 1987, Bd. 1, S. 308.

¹⁷ Vgl. D.H. Müller, Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894, Berlin 1975, bes. S. 47 ff.

samen Ereignisse des vorigen Jahrhunderts bot“, ging man unterkühlt zur Tagesordnung über und wählte Delegierte zur Kreiskonferenz.¹⁸

Diese lapidaren Bemerkungen sind das deutlichste überlieferte Zeugnis dafür, wie groß das hierarchische Gefälle zwischen einer zunehmend pragmatisch-unideologischen Parteibasis und einer Parteispitze, die gewissermaßen stellvertretend und allgemeinverbindlich ideologische Grundsatzpositionen zu formulieren beanspruchte, mittlerweile geworden war. In der Tat war die deutsche Sozialdemokratie von der agilen Volksbewegung der 1860er und 1870er Jahre, die sich auf Engagement, „Selbstdenken“ und Partizipation gründete, zu einem arbeitsteiligen „Deutungskonzern“ mutiert, dessen Spitze die Politikformulierung und -bewertung in engen Zirkeln monopolisiert hatte und darüber entschied, welche gesellschaftspolitischen Deutungsforen der proletarischen Gegenöffentlichkeit überhaupt zur Verfügung standen. Diese Deutungselite bestand aus den Veteranen der ersten sozialdemokratischen Parteigeneration, den Bebels, Liebknechts und Auers, die die Grundutopie der Bewegung Anfang der 1870er Jahre noch aus ihren unmittelbaren Erfahrungen abgeleitet hatte. Sie bestand ferner aus den Parteiintellektuellen der zweiten Generation, den Kautskys und Mehrings, die eine lange Karriere in den Gremien und Redaktionen des Parteimilieus absolviert hatten. Beide Gruppen sorgten für das charakteristische abstrakt-hochideologische Grundmuster des sozialdemokratischen Diskurses ebenso wie für seinen basis- und praxisfernen Charakter. Dieses Milieu erwies sich gegenüber veränderten Rahmenbedingungen sozialdemokratischer Politik und gegenüber divergierenden Erfahrungen und Bedürfnissen anderer Strömungen in der Arbeiterbewegung und späterer Funktionärsgenerationen als extrem resistent. Überaus beschäftigt mit ideologischen Kontroversen innerhalb der eigenen Reihen, die die Spaltungsgefahr früh heraufbeschworen, mußten ihm solche Abweichungen und Differenzierungen als bedrohliches Renegatentum erscheinen und Ausgrenzungsreflexe auslösen. Die Sozialdemokratie stand in der Folge nur für einen engen Ausschnitt des Spektrums, das die Arbeiterbewegung in Deutschland repräsentierte. Ihre Deutungselite aber verkörperte eine nochmalige Reduzierung der Ideologieproduktion auf einen eng umrissenen Kreis von Chefprognostikern.

Wenn daher die deutsche Sozialdemokratie um 1900 als gesellschaftliche Deutungsinstanz nahezu als „debattenunfähig“ erscheint, so ist dies ein Befund, der aus dem ungleichen Zugang zu publizistischen Interpretations- und Kommunikationsressourcen abgeleitet werden muß. Er erklärt sich zugleich aus der Abwendung gerade vieler Dissidenten innerhalb der Bewegung von einem ideologischen Diskurs, dessen Lautstärke und Klangfarbe von denen bestimmt wurden, die an den Mikrofonen und Verstärkern saßen. Das letztlich machte das Angebot der Sozialdemokratie an gesellschaftspolitischen

¹⁸ Vorwärts, Beilage zu Nr. 2, 4.1.1900.

Zukunftsvorstellungen und an Lösungen der „sozialen Frage“ so autistisch, steril und rückwärtsgewandt. Selbst die unübersehbaren neuen Tätigkeitsfelder und Politikbereiche der Arbeiterbewegung fanden keinen Eingang mehr in den Diskurs um die Rolle der Sozialdemokratie und die Gestalt des zukünftigen Staates im heraufziehenden 20. Jahrhundert. Die übermächtige Existenz eines „Deutungskonzerns“, der anachronistische Weltbilder einfach fortschrieb und gegen jeden Erfahrungswandel immer aufs neue reproduzierte, lähmte die Fähigkeit der Arbeiterbewegung zu einer offenen Bestandsaufnahme und innovativen Zukunftsdiskussion insgesamt.

Dabei waren im Prozeß der organisatorisch-institutionellen Ausdifferenzierung der deutschen Arbeiterbewegung durchaus neue Führungseliten und Debattenforen entstanden, aus denen sich recht eigenständige Reflexionsinstanzen mit zunehmendem Einfluß auf die Politikformulierung auch der Partei hätten entwickeln können. In der Regel aber wurden solche Strömungen zugunsten einer immer imaginärer werdenden „Geschlossenheit“ der Sozialdemokratie mundtot gemacht, sobald sie sich offen im Parteidiskurs zu artikulieren versuchten. Das berühmte „Gegensteuern“, mit dem August Bebel jeder Tendenz zur Herausforderung der ideologischen und organisationspolitischen Orthodoxie zu begegnen suchte, symbolisierte eine beständige Einhegung des innerparteilichen Meinungsspektrums und die Unterdrückung aufblühender Pluralität zugunsten zentralistischer Ideologieverwaltung. Das verhinderte auch die Aufnahme neuer Erfahrungsbestände und Politikthemen in den Metadiskurs der Partei, was letztlich das für die deutsche Sozialdemokratie so typische Auseinanderfallen der abstrakt-ideologischen und der pragmatisch-reformistischen Ebene permanent reproduzierte.¹⁹

Eine solche Hierarchisierung und Immunisierung des Diskurses betraf in erster Linie die Gewerkschaften. In den Jahren nach 1900 sollte die sozialistische Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Parteimitgliedschaft überproportional expandieren. Um 1900 waren etwa in Stuttgart rd. 70 Prozent der Parteimitglieder zugleich auch Gewerkschafter, während umgekehrt nur 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder auch ein Parteibuch besaßen. In Leipzig kamen 1898 vier Gewerkschaftsmitglieder auf einen Parteigenossen.²⁰ Das bedeutete einerseits, daß sich das innerparteiliche Gewicht in der deutschen Sozialdemokratie nahezu unwiderstehlich zugunsten ihres gewerkschaftlichen Flügels verschob, ohne daß dies in der ideologischen Debatte der Partei einen erkennbaren Niederschlag fand. Denn auch der Revisionismus hatte dem Bedarf nach einer Reflexion über die Perspektiven des *gewerkschaftlichen* Reformismus kaum stringente Angebote zu machen. Schließlich ging es weniger um Revisionismus contra Verbalradikalismus als um eine Systematisierung des gewerkschaftlichen Pragmatismus. Ande-

19 Vgl. D. Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt 1973, S. 76.

20 Ebd., S. 71, Anm. 108.

rerseits deuteten die Zahlen auf eine schleichende Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung hin, die diese Anfang des neuen Jahrhunderts zu forcieren versuchte, um ihre Rekrutierungsbasis in politisch indifferenten Arbeiterkreisen weiter auszubauen. Aus beiden Entwicklungen leitete sich der Vorstoß zur „Neutralisierung“ der Gewerkschaften ab, der im Grunde genommen das Profil der Gewerkschaftsbewegung als politisch flexiblen Interessenverband geschärft hätte. Damit wären die Gewerkschaften auch gegenüber anderen Parteien, gegenüber dem Reichstag und der Reichsleitung potentiell verhandlungs- und eventuell bündnisfähig geworden; sie hätten sich aber auch gegenüber der sozialdemokratischen Partei als durchaus partikulare Lobbyorganisation verselbständigt. Durch ihr „Gegensteuern“ drängte die Parteiführung diese Bewegung jedoch an den Rand des Diskurses; sie erneuerte ihr Konzept der „Arbeitsteilung“ zwischen Partei und Gewerkschaften und bekräftigte damit den ungebrochenen Führungsanspruch der politischen Organisation, der die Gewerkschaften folgenreich im sozialdemokratischen Milieu einkapselte.²¹

Eine zweite Funktionärsgruppe mit zunehmendem Gewicht in der deutschen Arbeiterbewegung blieb ebenfalls vom *Mainstream* des sozialdemokratischen Zukunftsdiskurses ausgeschlossen, obwohl gerade sie am ehesten den Finger am Puls der Basis und mit den veränderten Herausforderungen der gewerkschaftlich-sozialpolitischen Praxis umzugehen gelernt hatte. Dabei handelte es sich um das hochspezialisierte Fachpersonal der seit 1894 in rasch wachsender Zahl ins Leben gerufenen Arbeitersekretariate, der gewerkschaftlichen Rechtsberatungsstellen für die Arbeiterbevölkerung in Sachen Sozialpolitik, Arbeits- und Mietrecht. Um 1902 existierten schon 29 Arbeitersekretariate in Deutschland mit z. T. bereits zwei oder drei Sekretären und Büroarbeitern. 1907 arbeiteten in 76 Arbeiterbüros 115 Sekretäre und „Hilfskräfte“, während 29 Arbeitersekretariate nebenamtlich geführt wurden. Bis 1914 schnellte die Zahl dieser Institutionen auf 130 im gesamten Deutschen Reich empor.²² In weit überwiegender Mehrheit der Fälle aus Arbeiter- und Angestelltenberufen aufgestiegen und zumeist autodidaktisch in Arbeitsrecht und sozialpolitischen Verfahren geschult, bildete diese Karrieregruppe eine neue hauptberufliche Funktionärselite, die vielfach in multiplen Ämtern und Mandatsstellungen agierte. In der Regel bekleideten Arbeitersekretäre Doppelfunktionen in Gewerkschaft und Partei; sie stießen in die Kontrollgremien der sozialpolitischen Einrichtungen wie etwa der Krankenkassen vor und erwarben häufig kommunalpolitische Mandate oder gar Reichstagskandidaturen. Nicht zuletzt auf die Expansion der Arbeitersekretariate ist zurückzuführen, daß der Anteil der hauptberuflich für Gewerkschaft und Partei tätigen „Arbeiterbeamten“ an den sozialdemokratischen

21 Vgl. ebd., S. 72 f.

22 Vgl. K. Tenfelde, *Arbeitersekretäre. Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914*, Heidelberg 1996², S. 26 ff.

Reichstagskandidaten von 53 Prozent im Jahre 1898 auf 85 Prozent im Jahre 1912 anstieg. Bei der Reichstagswahl von 1912 war fast jeder zehnte sozialdemokratische Kandidat Arbeitersekretär.²³

Angestoßen von dieser Gruppe entwickelte sich im Umfeld des Zentralorgans der Freien Gewerkschaften, dem „Correspondenzblatt“, ein eigenständiger arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Diskurs, der, wie parallele Entwicklungen im Umkreis des Vereins für Socialpolitik und in der christlichen Arbeiterbewegung zeigen, höchst modern und zukunftsfähig war, aber an der Hermetik des sozialdemokratischen Großmilieus litt. Der Arbeitersekretär Arthur Stadthagen verfaßte 1895 das erste sozialdemokratische Buch über „Arbeiterrecht“, das bis 1904 in vier Auflagen erschien, und avancierte zum sozialpolitischen Experten in der SPD-Reichstagsfraktion. Eine Bündelung und formale Koordination dieser Fachelite gelang jedoch nur ansatzweise. Eine regelmäßige Konferenz der Arbeitersekretäre im Anschluß an die Gewerkschaftskongresse errang keine für die Bewegung verbindliche Definitionsmacht in sozialpolitischen Fragen. Ein eigenes Fachblatt kam nicht zustande. Das Zentralarbeitersekretariat, 1902 in Berlin gegründet, schuf hier keine Kompensation. Das bedeutete letztlich, daß die zukunftssträchtigen arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Initiativen, die von der Gruppe der Arbeitersekretäre ausgingen, vom verbalradikalen Kurs der Parteiführung ausgeschlossen und nicht selten von ihm konterkariert wurden. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte vor den Jahren der Weimarer Republik, die so manchen ehemaligen Arbeitersekretär in höchste staatspolitische Ämter bringen sollten, kein auch nur einigermaßen kohärentes sozialpolitisches Konzept. Die Führung scheute die reformistische Konsequenz eines Wandels zur Sozialstaatspartei. Noch blieben sozialstaatliche Ansätze Projekte gegnerischer Kräfte in eigentlich *antisozialdemokratischer* Stoßrichtung. Und auch eine Systematisierung der sozialdemokratischen Parlamentsstrategie, die sich unter der Führung von Bebel und Liebknecht in ad hoc-Taktiken erschöpft hatte, blieb aus exakt diesen Gründen aus. Das gesellschaftspolitische Zukunftsbild, für das die Sozialdemokratie im öffentlichen Diskurs um 1900 stand, reproduzierte trotz allen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen, die, wie etwa die deutlichen Reallohnzuwächse, überaus spürbar waren, auf eine höchst abstrakte Weise eine chiliastische Utopie, die sich vom konkreten Erfahrungshorizont nicht nur der Basis, sondern wichtiger Gruppen des Funktionärskaders immer weiter entfernte.

Im Grunde sorgte gerade der organisationspolitische Erfolg der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland für zentrifugale Ausdifferenzierungsprozesse, die eine zentralistische Ideologieproduktion nur mehr mit großen Kosten unter den Teppich kehren konnte, ohne wirkliche Integration noch zu leisten. Nicht nur Gewerkschafter und Arbeitersekretäre suchten im

23 Ebd., S. 45, 50 f.

Metadiskurs der Partei vergeblich nach Klärungsansätzen für pragmatische Prinzipienfragen bzw. nach Austauschmöglichkeiten über ganz konkrete Politikprobleme, die sich der Schablone der Grundsatzideologie nicht fügten. Sozialdemokratische Kommunal- und Landespolitiker, die etwa vor allem in Bayern, Baden und Württemberg an der Reformierung des dortigen Wahlrechts mitwirkten, standen ebenso vor spezialisierten Herausforderungen wie die sozialdemokratischen Mitglieder der Gewerbegerichte und die Delegierten in den Selbstverwaltungseinrichtungen der Sozialversicherung.²⁴ Ihnen bot der sozialdemokratische Diskurs ebenfalls kein Forum, in dem sie sich als eigenständige Reflexionsinstanz hätten profilieren oder auf die Grundsatzpositionen der Partei hätten einwirken können. Das galt zumindest vorübergehend auch für die gewerkschaftsnahen Vertreter eines „radikalen Reformismus“, die seit den 1890er Jahren den Einsatz des politischen Massenstreiks vor allem zur Erkämpfung demokratischer Wahlrechte in Preußen und Sachsen propagierten und auf antikonservative Bündnispolitik mit liberalen Parteien in den Parlamenten setzten. Letztlich wurde diese Strömung durch den linken Radikalismus der Intellektuellengruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht instrumentalisiert und gemeinsam mit dieser durch die Parteiführung marginalisiert, bis sich die Massenstreikfrage nach der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes 1909 in die Taktik der großen Massendemonstrationen auf der Straße transformierte.²⁵

Auch der Enthusiasmus, mit dem sozialdemokratische Berichte von der Pariser Weltausstellung die Anwesenheit des sozialistischen Ministers Millerand begrüßten, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die deutsche Sozialdemokratie gerade in den Jahren um 1900 die Weichen, die einen durchaus erwarteten Kurs in Richtung volksparteiliche Öffnung und Systemintegration mit der Perspektive der Regierungsbeteiligung vorgegeben hätten, energisch umzustellen versuchte. Gerade der Erfolg bei den Reichstagswahlen von 1903, bei denen die SPD ein knappes Drittel der abgegebenen Stimmen und ein Viertel der Reichstagsmandate errungen hatte, löste einen dezidierten Rückzug ins Großmilieu der Klassenpartei aus, der durch verbalradikale Rhetorik und die explizite Absage an volksparteiliche Tendenzen auf dem Dresdner Parteitag vom September 1903 für Öffentlichkeit und Regierung sichtbar vollzogen wurde. Erst danach stärkten der antisozialdemokratische Schwenk der Bülow-Regierung und die Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie die Grenzen des Milieus auch von außen entscheidend.²⁶ Ein deutliches Indiz für die hochideologische Wagenburgmentalität der Parteiführung war die Heftigkeit, mit der man auf die

24 Vgl. G.A. Ritter, Probleme des deutsch-englischen Vergleichs, in: J. Kocka (Hg.), Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, München 1986, S. 319–324; 322.

25 Vgl. Groh, Negative Integration, S. 78 f.

26 Vgl. ebd., S. 75 ff.

Analysen des Sozialwissenschaftlers Robert Blank reagierte, der 1905 nachwies, daß die sozialdemokratische Wählerschaft weit heterogener war als angenommen, ihren proletarischen Charakter zugunsten der Öffnung gegenüber neuen Sozialgruppen wie vor allem der Angestelltenschaft deutlich verloren hatte – und die SPD demzufolge *de facto* Volkspartei war.²⁷ Statt dessen beharrte die Parteiführung unnachgiebig auf einer sozialen Homogenität der SPD, die sie, wie neuere Analysen zeigen, in Wirklichkeit nie besessen hatte.²⁸ Die Folge dieser illusionären Intransigenz war freilich vor allem, daß von der Partei keine Signale gegenüber den neuen sozialen Gruppierungen ausgesandt wurden, die diese von ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber spezifischen Interessen und Problemlagen hätten überzeugen können. Auch die Angestellten und kleinen Geschäftsleute, die mit der Sozialdemokratie sympathisierten, hatten in der SPD weder ein Sprachrohr noch einen Sachwalter. Der ihrer Ausbreitung unterliegende soziale Wandel in der deutschen Gesellschaft fand in der sozialdemokratischen Programmatik schlichtweg nicht statt oder wurde verschämt verschwiegen.

Die zunehmende Breite und Dichte des sozialdemokratischen Parteimilieus mit seiner wachsenden Anzahl von „Beamten-“ und Funktionsstellen, Redakteurspositionen und publizistischen Erwerbsmöglichkeiten schuf schließlich Karriereschleusen, in die junge radikale Intellektuelle einströmten, denen der persönliche Hintergrund sowohl der ersten als auch der zweiten Führungsgeneration fehlte. Auch der Modellcharakter und die Führungsstellung der deutschen Sozialdemokratie unter den Arbeiterbewegungen Europas trugen dazu bei, verfolgte Intellektuelle aus einer Reihe von Ländern wie ein Magnet nach Deutschland zu ziehen, wohin sie heimatliche Problemlagen und ideologische Dispositionen importierten. Die Integration ins Parteimilieu und das Fehlen traditioneller Bindungen und Sozialisationserfahrungen erhöhte zudem ihre Manövrierfähigkeit gegenüber neuartigen Politikfeldern und neuen sozialen Bewegungen. Unbefangen hielt man Kontakt zu anarchistischen Gruppierungen, zur pazifistischen und zur Frauenbewegung sowie zu radikaldemokratischen bürgerlichen Kreisen. Auch ein bislang nicht aufgetretener Radikalismus entstand aus der Fusion osteuropäischer Erfahrungen der Verfolgung und Konspiration mit Überlegungen, den politischen Massenstreik zu einer Offensivwaffe des Systemsturzes auszubauen. Rosa Luxemburg stand für diesen Typus des Intellektuellen und für ideologische Positionen dieser Art. Anders als den oben angesprochenen Gruppen gelang es Vertretern solcher Strömungen durchaus, Zugang zu den publizistischen Debattenforen der SPD zu erzwingen, vor allem in den Jahren zwischen der gescheiterten russischen Revolution von 1905 und dem

27 Vgl. R. Blank, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: AfSS 2, 1905, S. 507–550. Zur innerparteilichen Diskussion vgl. Groh: Negative Integration, S. 76, Anm. 121.

28 Vgl. Welskopp, Banner der Brüderlichkeit, Teil II.

Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Aber die festgefahrene Frontstellung innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung reproduzierte in der Konsequenz dualistische Programmdebatten, die alle Konfliktlagen fundamentalistisch aufluden und die Ausgangspositionen um so schärfer konturierten. Wie die „zentristischen“ Zukunftsprognosen im Umfeld der SPD um 1900 schlagend bewiesen, ging es auch innerhalb der intellektuellen Debattenzirkel der Partei nicht mehr um ein offenes Ausdiskutieren von gegensätzlichen Positionen, sondern lediglich noch um die Verteidigung einer traditionellen Hegemonie: Der letzte Parteitag, hieß es in der Silvesternummer des „Vorwärts“ 1899, habe bewiesen, „daß die scharfe Selbstkritik, welche die Partei übt, der taktischen Einheit keinerlei Abbruch thut, daß sie im Gegenteil die beste Bürgschaft wie der Reinheit des Principis so der Wehrhaftigkeit und Kampfstärke der Partei ist“.²⁹ Hinter dem Bild der Einheit und Geschlossenheit, das man damit der Öffentlichkeit suggerierte, zeigten sich bereits deutliche Tendenzen der Spaltung, die im Krieg dann nur mehr einen Auslöser brauchte.

III. Ein Kind des 19. Jahrhunderts, das nicht erwachsen werden kann: Die sozialdemokratische Grundutopie als Perspektive auf das 20. Jahrhundert. Den Kern des hegemonialen sozialdemokratischen Deutungskosmos bildete die Legitimation sozialdemokratischer Tagespolitik im Parteimilieu aus einer attentistischen revolutionären Utopie. Dieser Kern prägte auch die Zeitdiagnosen und Zukunftsvorstellungen der SPD um 1900 zutiefst. Diese Deutungskonstruktion war Mitte der 1870er Jahre entstanden und wurde in einer Reihe programmatischer Statements August Bebels, Wilhelm Brackes und Johann Mosts entwickelt, an deren vorläufigem Schlußpunkt die 1879 in Zürich erschienene Erstausgabe von Bebels „Die Frau und der Sozialismus“ stand.³⁰ Diese programmatische Debatte vollzog die Wende vom damals gerade an der Parteibasis noch uneingeschränkt herrschenden „Assoziationssozialismus“ zum utopischen „Staatssozialismus“ der späteren Zeit. Mit „utopischem Staatssozialismus“ sind freilich nicht die tendenziell konservativen reformerischen Vorstellungen gemeint, die von einem „sozialen Kaisertum“ eine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse erhofft hatten und die in der Sozialdemokratie seit den 1870er Jahren eine stets heftig bekämpfte Randerscheinung geblieben waren. Vielmehr handelte es sich um das Projekt einer revolutionären Umwälzung der Gesellschaft, die eine politische Machtergreifung durch die Arbeiterbewegung zur notwendigen Voraussetzung hatte und von einem derart installierten „Volksstaat“ die Durch-

29 Vorwärts, 1. Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

30 A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus, 1. Auflage Zürich 1879. Neu abgedruckt in: A. Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 10: Die Frau und der Sozialismus, Bearb. A. Beske u. E. Müller, München 1996 (10/1: Die Frau und der Sozialismus, 1. Auflage; 10/2: Die Frau und der Sozialismus, 50. Auflage).

setzung des Sozialismus auf gesetzlichem Wege erwartete. Anders als in der Marxschen Revolutionstheorie setzte der „utopische Staatssozialismus“ auf einen krisenhaft eskalierenden „großen Kladderadatsch“ in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat und auf die Fortexistenz, ja Expansion eines staatlichen Apparates, dem die kybernetische Steuerung von Produktion, Distribution und Politik obliegen sollte.³¹

Im handwerklich geprägten „Assoziationssozialismus“, den auch Bebel Anfang der 1870er Jahre noch vertrat, war der selbständige kleine handwerkliche Produzent der ideale Träger der gesellschaftlichen Produktion. Der Kapitalismus, erfahren als ungerechte Privilegienordnung, die sich in vielerlei Hinsicht über die Sphäre der Distribution vermittelte, erschien hier als künstlicher Unterdrücker und Zerstörer einer eigentlich funktionierenden handwerklichen Produktionsweise. Er galt als instabil, nicht lebensfähig, als Zersetzer der gesellschaftlichen Ordnung und Heraufbeschwörer des Chaos. Der Kapitalismus des „Assoziationssozialismus“ war ebenso morbide wie der reaktionäre dynastische Obrigkeitsstaat; er würde mit der jederzeit erwarteten politischen Revolution fallen. Genossenschaftliche Assoziationen würden an seine Stelle treten und die sozialistische Produktionsweise errichten. Im Bild des „assozierten Selbstunternehmers“³² projizierte man das Idealbild des kleinen Produzenten, der freiwillig und selbstbestimmt mit anderen Produzenten kooperierte, in die sozialistische Zukunft. In der sozialistischen Gesellschaft würde es nur an die eigene Arbeit gebundenes Eigentum geben, der „Staat“ erschien als demokratisch verwalteter „Gesamtverein“ dezentral selbstorganisierter Produzentenassoziationen. Die gesellschaftlichen Grundlagen des Sozialismus waren damit in der zeitgenössischen Gegenwart bereits gegeben, die Revolution eine Sache der nächsten Zukunft, alle Tätigkeiten der Bewegung und alle organisatorischen Ansätze mußten auf dieses Ziel zulaufen und die institutionellen Grundstrukturen der zukünftigen Gesellschaft bereits modellhaft enthalten. Das waren Vorstellungen, die unmittelbar an die Erwartung einer nahe bevorstehenden politischen Revolution gekoppelt waren und jede politische Aktivität dem Begründungsdruck aussetzten, ob sie der Revolution förderlich war oder nicht und ob sie organisationspolitisch die gesellschaftliche Ordnung des Sozialismus vorbereite oder als bloßes „Palliativ“ zu verwerfen sei.³³

Mit der Schließung der nationalen Frage nach der großpreußisch-klein-deutschen Reichseinigung von 1871 entfiel die vorrevolutionäre Situation. Die deutsche Sozialdemokratie begann, sich in ihrem Großmilieu einzurichten, in dem sie sich nach der zunehmenden Ausgrenzung durch alle anderen Parteien wiederfand. Man entwickelte eine sozialdemokratische Tagespoli-

31 Vgl. Welskopp, Banner der Brüderlichkeit, Teil V.

32 Protokolle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Bd. 1: Eisenach 1869 – Coburg 1874, Bonn-Bad Godesberg 1976, Protokoll Eisenach 1869, S. 29 f.

33 Vgl. Welskopp, Banner der Brüderlichkeit, Teil V, Kap. 2, 3 und 4.

tik in den Parlamenten, verlegte sich auf Wachstum durch Wahlkampffagitiation und auf organisatorische Festigung durch Ausbau der Gewerkschaften und Genossenschaften. In dieser Phase kam es der Gruppe um Bebel darauf an, politische Flexibilität und Handlungsfreiheit zu gewinnen, ohne den revolutionären Anspruch aufzugeben. Nicht jede Aktion und jede Äußerung sollten auf ihr Verhältnis zur Revolution befragt werden müssen. Die Gewerkschafts- und Genossenschaftsfrage sollte ihren prinzipiellen und dadurch hemmenden Charakter verlieren. Und vor allem wollte man sich auf Parteipolitik konzentrieren und die organisationspolitischen Ausgründungsaktivitäten arbeitsteilig den spezialisierten Institutionen: d. h. vorrangig den Gewerkschaften, überlassen. Dabei geriet die Partei im Trennungsprozeß von den südwestdeutschen bürgerlichen Demokraten unter zunehmenden Legitimationsdruck, denn bei fortgesetzter Übereinstimmung in politischen Fragen der radikalen Demokratie akzentuierten diese nun die ökonomisch-gesellschaftspolitischen Differenzen. Aus dieser Zwangslage heraus begründeten Bebel und andere den Sozialismus neu: als in ihren Grundzügen erst ansatzweise zu erkennende Ordnung einer fernen Zukunft, die durch eine Revolution entstehen würde, deren Grundlagen der Kapitalismus selber zu schaffen im Begriff sei und die sich eher vollziehen als daß sie gemacht werde. Institutioneller Träger des Sozialismus würde nunmehr die Großindustrie sein und nicht der handwerkliche Produzent in seinen „Assoziationen“, die sozialistische Produktion würde durch einen demokratischen Staat zentral gesteuert werden, etwa im Stile der Reichspost oder der Eisenbahnen. Durch diesen Schritt in die Utopie sicherte sich die Sozialdemokratie Freiheit in tagespolitischen und taktischen Fragen, ohne sich als „prinzipienlos“ oder opportunistisch zu exponieren. Man gewann unbegrenzt Zeit, da die Utopisierung die eigenen Endziele in eine unbestimmte Zukunft verlegte. Daher stießen auch Versuche der Zeitbestimmung, etwa durch Bebel in der „Zukunftsstaats“-Debatte, in der er sich auf einen Zeitraum von zwanzig Jahren bis zur Revolution festgelegt hatte, auf heftigen Widerstand.³⁴

Zugleich aber eröffnete sich ein unbegrenzter Deutungsraum für die Ausgestaltung der Utopie. Ohne den Plausibilitätsdruck, der in der Konfrontation von Gesellschaftsprognosen mit der erfahrbaren Realität entstand, konnten die sozialdemokratischen Zukunftsentwürfe konkreter werden, zumal man sie nicht aus eigener Praxis ableiten mußte, sondern sie aus der Fortschreibung beobachteter Trends gewann. Mit der selektiven Marxrezeption, die den „Klassenkampf“ an die Stelle der Revolution setzte, konnte die deutsche Sozialdemokratie nun ihre Doppelpolitik des Ausbaus des eigenen Wählerpotentials und der organisatorischen Expansion betreiben und *trotzdem* jede ihrer Aktivitäten als zumindest potentiell langfristig revolutionär,

34 Vgl. K. Kautsky, Der Parteitag von Hannover, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 4, S. 100–105; 104.

als Element des „Klassenkampfes“, legitimieren. Man konnte sich organisatorisch konsolidieren und reformerische Ansätze entwickeln und *zugleich* auf das revolutionäre Endziel der Bewegung verweisen. Die deutsche Sozialdemokratie verwandelte sich aus einer Bewegung mit revolutionärer Praxis in eine Partei der eher passiven gesellschaftlichen Beobachtung. Dabei blieb es lediglich notwendig, die Perspektive der *Hoffnung* auf die Revolution aufrechtzuerhalten. Die SPD richtete sich in der Lebenslüge ein, weiterhin eine revolutionäre Partei zu sein, obwohl es uneingestandenermaßen klar war, daß sie keine Revolution machen würde.³⁵

Auf diese Weise war der „Assoziationssozialismus“ der 1860er und frühen 1870er Jahre zum „Staatssozialismus“ mutiert, der um die Jahrhundertwende in der Partei dominierte. Diese staatssozialistischen Vorstellungen gingen davon aus, daß der Kapitalismus selber: durch Expansion, Konzentration, technische Entwicklung und die Verdrängung des handwerklich-gewerblichen Mittelstandes, auf die sozialistische Umgestaltung zutriebe. Diese könne dann durch den Staat ohne große Probleme auf gesetzlichem Wege einganggesetzt werden, wenn das „arbeitende Volk“ sich die Staatsmacht erkämpft habe. Begründet wurde somit ein revolutionärer Attentismus, der wiederum eine Konzentration auf pragmatische politische Tagesaktivitäten schlüssig begründete. Die Revolution würde das Werk des Kapitalismus selber sein und sich auf dem Wege staatlichen Zusammenbruchs, einer jederzeit möglichen, nicht aber von der Sozialdemokratie *auszulösenden* Volksrevolte oder der politischen Eroberung der Staatsmacht unter der Führung der Sozialdemokratie vollziehen. Im Rahmen dieses utopischen Konzeptes war jede sozialdemokratische Aktivität gleich legitimiert: Agitation, Reformbestrebungen, organisatorische Gründungs- und Ausbautätigkeit, Milieufestigung, Bündnispolitik und Abgrenzung nach außen. Der in Aussicht gestellte „Kladderadatsch“ in ferner, utopischer Zukunft, rechtfertigte alle auch noch so pragmatischen Maßregeln und Positionsbestimmungen gleichermaßen als „Klassenkampf“. Durch die Dezentrierung der Revolutionskonzeption reduzierte sich das revolutionäre Potential der Bewegung auf einen rebellischen Abgrenzungsgestus, der im Grunde nur noch eine interne Integrationsfunktion im eigenen Milieu erfüllte, aber keine politische Bedeutung mehr besaß. Um 1900 sollte sich dann zeigen, daß Systemfeindschaft und das Festhalten am „Klassenkampf“ längst zu einer Tradition stilisiert worden waren, die der integrierenden Identitätsstiftung der Bewegung diente, ohne auf ihre aktuelle Plausibilität und ihre isolierende Außenwirkung unter veränderten Handlungsbedingungen zu achten:

„Von dem höheren Standpunkte der Jahrhundertwende erscheint die Utopie der Versöhnung, die das deutsche Proletariat angeblich mit dem Kapitalismus schließen will, in ihrer ganzen Lächerlichkeit. Als ob es auch nur in der Macht der Socialde-

35 Vgl. Welskopp, Banner der Brüderlichkeit, Teil V, Kap. 5 und 6.

mokratie läge – selbst wenn sie wollte, wie sie natürlich nicht will –, ihren großen Werdeprozeß rückgängig zu machen, ein Meer von Blut und Schweiß und Thränen aus der Geschichte des Jahrhunderts zu wischen, die ragenden Denkmäler ihrer Leiden und Thaten mit frevelnder Hand niederzureißen! Wie kann ein Fluß, der mit unwiderstehlicher Gewalt in die See strömt, sich wieder in seine Quelle verkriechen!“³⁶

An dieser Stelle setzten die Zeitdiagnosen und Zukunftsvorstellungen der deutschen Sozialdemokratie um 1900 ebenso an wie der Revisionismusstreit. Die zentristische Position, wie sie vor allem Bebel und Kautsky vertraten, blieb darauf ausgerichtet, die Brücke zwischen pragmatischer Parteipraxis und einem immer weiter immunisierten radikalen Endziel zu erhalten. Das diente *zum einen* der Milieuintegration, die durch eine scharfe Abschottung gegenüber allen anderen Parteien, durch eine Ablehnung aller Bündnisse und Kompromisse gewährleistet wurde, welche das eindeutige und unverwechselbare Profil der Bewegung gefährden konnten. Das nämlich warf Kautsky Bernstein vor:

„Seit 1891 waren die Grenzgräben unserer Partei hie und da vernachlässigt worden und hatten sich verflacht. Eine Reihe von Äußerungen waren gefallen, die der Ansicht Raum gaben, als bestehe in unserer Partei eine Richtung, die absichtlich darauf hinausgehe, die Grenzgräben unkenntlich zu machen.“³⁷

Zum anderen wollten die Zentristen den Kanon der sozialdemokratischen Grundprinzipien nicht aufgeben, wie er in der im Grunde überkonkreten Utopie des sozialistischen „Volksstaates“ enthalten, durch die Utopisierung aber von politischer Tagespragmatik wirksam abgeschottet war. Unabhängig von seinem Inhalt erfüllte dieser Kanon also die Funktionen der ideologischen Integration einer praktisch sich stark ausdifferenzierenden politischen Bewegung und der Dramatisierung der prinzipiellen Systemfeindschaft einer sich unübersehbar normalisierenden Partei. Nahezu gewaltsam reduzierte man die programmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und die sich unnachsichtig aufdrängenden politischen Herausforderungen der Zeit auf taktische Opportunitätsfragen innerhalb einer um so fester vorgegebenen, unbeirrt beizubehaltenen Globalstrategie:

„Die Ziele der deutschen Socialdemokratie sind die alten geblieben und ebenso ihre Wege; sie kann nie darauf verzichten, die bürgerliche in die socialistische Gesellschaft umzuwälzen, und sie kann nie die in hundert Schlachten siegreich erprobte Stellung einer selbstständigen und unabhängigen Partei preisgeben; nur wie sie, um ihre Ziele auf ihren Wegen am schnellsten zu erreichen, in die inneren und sehr

36 F. Mehring, Rückblicke aufs 19. Jahrhundert, Teil III, in: Vorwärts, 2. Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

37 Kautsky, Der Parteitag von Hannover, S. 100.

verwickelten Kämpfe ihrer Gegner einzugreifen hat, mag in ihren Reihen ein Gegenstand des Streits sein, der eben deshalb aber im letzten Grunde nur ein neues Zeichen ihrer überlegenen Kraft ist.“³⁸

Der Besitz der Utopie an sich rechtfertigte den stilisierten Habitus des Besonderen, Erhabenen, das man vorgab zu verkörpern, der höheren Mission, die zu erfüllen man im Begriff sei:

„Wer prophezeit, muß stets darauf gefaßt sein, daß seine Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Trotzdem würden wir es bedauern, wenn man in unserer Partei aufhören würde, Erwartungen für die fernere Zukunft zu hegen und zum Ausdruck zu bringen. Es hieße das nichts Anderes, als daß man ganz in der Gegenwart aufgeht, daß man sich nicht mehr große Ziele setzt und damit der Begeisterung verlustig geht, die nur ein großes Ziel einflüstern kann.“³⁹

Dagegen setzte Bernstein nicht etwa die Abkehr vom Sozialismus, wohl aber die Aufgabe der konkreten Utopie des „Volksstaates“ zugunsten einer Reformulierung der sozialistischen Endziele in eine Reihe abstrakter ethischer Prinzipien, die Zeitpunkt und Weg des Erreichens offenließen, dafür aber die konkrete Tagespolitik neu begründungspflichtig machten:

„Nehmen wir das Prinzip des Klassenkampfes. Für die Einen konstatiert es lediglich den Gegensatz der Interessen und Bestrebungen der modernen Arbeiter und derer der besitzenden Klassen, und verlangt vom Sozialisten nur, daß er sich in diesem Kampfe auf die Seite der Arbeiter stellt. Für Andere aber schließt das Prinzip bereits auch spezielle Ansichten über die Formen und den Entwicklungsgang dieses Kampfes ein. Und doch haben sich im Laufe der Zeit in den Anschauungen der sozialistischen Parteien die größten Veränderungen in dieser Hinsicht vollzogen. Desgleichen mit anderen Grundbegriffen. Vergewöhnlich wird man sich dies, so wird man auch erkennen, daß das wahrhaft konstante Element der Bewegung in ziemlich abstrakten Prinzipien besteht. Die materiellen Grundlagen der Bewegung, die ökonomische und politische Lage der Klassen, sowie die Formen, die unmittelbaren Ziele und die geschichtlichen Möglichkeiten ihrer Kämpfe – alles das ist immer neuen Veränderungen unterworfen. Nur die abstrakten oder abgeleiteten Prinzipien können unverändert bleiben. Ihre im speziellen Sinne des Wortes idealistische Grundlage ist das konstante Element der Bewegung. Freilich erhalten die abstrakten Prinzipien nur durch ihre Anwendungen einen greifbaren Inhalt, und wechseln die letzteren. Aber dieser Umstand, der Viele veranlaßt hat, ihnen jeden Werth zu bestreiten, stößt das vorhin Gesagte nicht um.“⁴⁰

Bernstein nahm dem sozialdemokratischen Programm damit lediglich seinen chiliaistischen Charakter. Die Brisanz seiner Position lag darin, daß sie

38 Mehring, Rückblicke aufs 19. Jahrhundert, Teil III.

39 Kautsky, Der Parteitag von Hannover, S. 105.

40 E. Bernstein, Meine Stellung zur Resolution Bebels. Eine Abwehr wider K. Kautsky, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 31, S. 99–110; 101 f.

die gesamte Deutungstradition der Sozialdemokratie seit den späten 1870er Jahren in Frage stellte, aus der die Partei und vor allem ihre Führung ihr Selbstverständnis bezog. Sie gefährdete die eigene pragmatische Praxis, die man unter Verweis auf das ideologische Schutzschild der Utopie unproblematisiert betreiben konnte. Und sie legte offen, wie zentral die Generation um Bebel in ihrem Selbstverständnis von einem Zukunftsmodell abhing, das in den 1860er Jahren gemachte Erfahrungen und formulierte Erwartungen auch unter den veränderten Bedingungen der Jahrhundertwende noch konservierte – wenn auch um den Preis seiner fortschreitenden Abkopplung von der Realität. Das erklärt die Massivität der Reaktion auf Bernsteins Vorstoß: Unter allen Umständen versuchte die Partei eine Deutungstradition zu retten, die ihre Position in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unproblematisch und unabhängig von ihrer Tagespolitik verortete. Daher besaß für Kautsky die Ablehnung des Revisionismus auf dem Hannoveraner Parteitag von 1900 in erster Linie den Wert der Selbstvergewisserung durch Denkschluß:

„[W]enn aus so intensiven und langandauernden Diskussionen die Überzeugung neu gekräftigt hervorgeht, daß wir auf dem richtigen Wege sind und daß wir keinen Grund haben, unsere Anschauungen zu ändern, so ist das freilich vom Standpunkt der Theorie ein geringer Gewinn, dagegen vom Standpunkt der politischen Praxis eine unschätzbare Errungenschaft . . . Die Partei hat wieder festen Boden unter den Füßen – das wurde in Hannover einstimmig anerkannt.“⁴¹

Die Struktur der Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsvorstellungen in der deutschen Sozialdemokratie war also davon geprägt, daß man darauf angewiesen blieb, die Lücke zwischen politischer Tagespragmatik und einer chiliaistischen Endzielkonzeption auszufüllen, zu der mit der Ausnahme organisatorischen Wachstums kein aktiver, direkter Weg hinführte und deren Realisierung in ferner, unbestimmbarer Zukunft lag. Diese Lücke schloß man mit den linearen Trenderwartungen in bezug auf die Entwicklung des Kapitalismus. Seine Wachstumsraten, seine technische Dynamik und seine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit wurden nun als Indizien für die Bestätigung der These in Dienst genommen, die Geschichte laufe auf den Sozialismus zu, die eigenen utopischen Prognosen würden sich so erfüllen wie die aktuellen Trenderwartungen, und man befinde sich demzufolge in allem, was man tat und dachte, auf dem richtigen Wege. Das war die Instrumentalisierung gesellschaftlicher Beobachtung zum Zweck der Selbstvergewisserung in einer Situation, in der man durch die attentistische Wende das Gesetz des Handelns aus der Hand gegeben hatte. Interessant dabei bleibt, daß sich im Laufe der Jahrzehnte aus dem instrumentellen Interesse am Entwicklungsgang des Kapitalismus, das dessen Produktivkraftentfaltung zwar als Prozeß der Bereit-

41 Kautsky, Der Parteitag von Hannover, S. 101.

stellung der materiellen Grundlagen für den Sozialismus positiv beurteilte, dies aber immer mit Untergangserwartungen verband und für die Begründung des Ausbleibens der Revolution usurpierte, eine uneingeschränkte Identifikation mit seinen Inhalten entwickelte, eine dezidierte Technik- und Fortschrittseuphorie, wie sie oben skizziert worden ist. Das läßt sich etwa daran ablesen, daß die Passagen in Bebels „Die Frau und der Sozialismus“, welche das ökonomische Wachstum der Industrie und ihre technische Dynamik statistisch anschaulich machten, mit jeder Auflage an Umfang zunahm: Mit den wirtschaftlichen und technischen Erfolgswerten des Kapitalismus versuchte Bebel nachzuweisen, daß man sich in der Tat auf dem richtigen Weg mit striktem Kurs auf den Sozialismus befand.⁴² Wieder zog man Selbstvergewisserungs- und Legitimationsvorteile aus einer paradoxen Deutungsoperation: Selbst das Ausbleiben der Revolution konnte positiv bewertet werden, da das Wachstum der Industrie den Boden für den Sozialismus dann eben gründlicher bereite als im Falle eines sofortigen Kollaps. Umgekehrt galt jede periodische Krise des Systems als Beweis seiner Instabilität und als Ankündigung seines finalen Zusammenbruchs.

Dabei stieß diese Auslegung um die Jahrhundertwende durchaus auf einige neuere Entwicklungstendenzen, die sich in diese eingeschliffene Deutungsstruktur nicht ohne weiteres einpassen ließen. Die Zukunftsdebatte am Fin de siècle hatte also in weiten Teilen primär die Funktion, diese neuartigen Entwicklungen mit dem Grundkorpus des Deutungsrahmens kompatibel zu machen. Solche neueren Erscheinungen waren etwa das deutliche Wachstum der Reallöhne im konjunkturellen Boom der späten 1890er Jahre, die forcierte Kolonialpolitik mit ihren Kriegen auf der ganzen Welt, die energisch vorangetriebene Flottenrüstung, der sich virusartig ausbreitende allgemeine Militarismus und die Entstehung und Verbreitung der Kartelle und Trusts in den Großindustrien der wirtschaftlichen Führungsmächte. Wie sich zeigte, gelang die Integration dieser Entwicklungstendenzen in das sozialdemokratische Weltbild erneut nur durch ideologische Halbierungen, die es erlaubten, die Linearität der sozialdemokratischen Entwicklungsannahmen und die Parallelität von – positiv bewerteter – Produktivkraftentwicklung und eigenem Organisationswachstum zu erhalten.

So konstatierte man trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Zunahme der politischen Klassenspannungen, d. h. der Klassengegensatz konnte nur durch seine Politisierung als ein sich stetig verschärfender plausibel gemacht werden:

„In der Entwicklung des Kapitalismus liegt es, daß die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze sich immer mehr zuspitzen. Die Verschärfung der Gegensätze hat zur doppelten Folge: einerseits, daß der Widerstand gegen den Kapitalismus wächst,

42 Vgl. L. Hölscher, *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*. Stuttgart 1989, S. 311 ff., 316 f.

andernteils, daß der Kapitalismus zu immer brutaleren Mitteln greift, um den Widerstand zu überwinden. So bedingen die Fortschritte der sozialistischen Bewegung entsprechende Fortschritte der Reaktion; und dies wird so lange dauern, bis der Sozialismus stark genug ist, die Nester der Reaktion auszuheben und die Bastillen des Kapitalismus zu schleifen.“

Im Bündnis mit dem reaktionären Obrigkeitsstaat, den er zu seinem Agenten gemacht habe, erschien der Kapitalismus in dieser Lesart also als politischer Unterdrücker: „Der Kapitalismus hat aufgehört, normal regierungsfähig zu sein – er kann nur noch mit Hilfe der Diktatur und des Terrorismus seine Herrschaft behaupten“.⁴³ Die Gesellschaftsordnung des Kaiserreichs erschien als eine aus Marxscher Optik klassische bonapartistische Konfiguration: „Der ökonomische Bankrott des Junkertums schreitet von Jahr zu Jahr vor, aber um so krampfhafter hält es seine ererbten politischen Waffen fest; die Bourgeoisie wird von Tag zu Tage fetter, aber auch von Tag zu Tage feiger; das Proletariat steht in fest geschlossener Schlachtordnung und macht kein Hehl daraus, daß es auf jeden Schelmen anderthalbe zu setzen entschlossen ist“.⁴⁴ Des Kaisers Säkularrede habe klar gezeigt, daß das Deutsche Reich durch Militarisierung, Flottenrüstung und weltpolitische Hybris in politischer Hinsicht auf ein lähmendes, kulturell verrohtes Krisenszenario zusteure, in dem die Sozialdemokratie quasi als einziger Kulturträger übrigbleibe: „Deutschland soll eine Sammlung von Kasernen, Kähnen und Kirchen werden, neben denen die Kultur keine Existenzberechtigung mehr hat“.⁴⁵

Im Zusammenhang mit Flottenrüstung, Weltpolitik und Militarismus sprach man zwar von der damit verbundenen zunehmenden Kriegsgefahr. Aber man tat dies um 1900 noch ohne große Eindringlichkeit. Vielmehr bemühte man sich trotz der unverkennbaren wachstumsfördernden Effekte dieser Militarisierung und ökonomischen Internationalisierung, die man durchaus erkannte, diese nicht als Symptom eines erstarkenden Kapitalismus zu deuten, sondern als Niedergangsphänomen. Die lineare Deutungsstruktur der Sozialdemokratie ließ nichts anderes zu, als diese ökonomischen Entwicklungstrends als letzte Konvulsionen, als ein jeweils letztes Aufbäumen eines naturnotwendig todgeweihten Systems umzuinterpretieren. Für den „Vorwärts“ war die „Kolonial- und Weltpolitik“ die „letzte Chimäre des niedergehenden Kapitalismus“.⁴⁶ Franz Mehring lieferte eine eigene Version dieser sozialdemokratischen Selbstvergewisserungs- und Selbstbeschwichtigungsrhetorik:

43 Deutschland an der Jahreswende, in: *Vorwärts*, Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

44 Mehring, *Rückblicke aufs 19. Jahrhundert*, Teil III.

45 Wilhelms II. Säkularrede, in: *Vorwärts*, Nr. 1, 3.1.1900.

46 Deutschland an der Jahreswende, in: *Vorwärts*, Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

„Und wie in Deutschland, so leuchten an der Wende des Jahrhunderts überall in der modernen Welt dem proletarischen Klassenkampfe glückliche Sterne. Es ist wahr: gewaltiger und mächtiger als je scheint sich der Koloß des Kapitalismus zu erheben; erobert und dringt er in die letzten Flächen des Erdballs vor, die ihm bisher noch verschlossen waren, der erste Weltherrscher, der diesen Namen verdient. Aber wer sich dadurch blenden läßt, der übersieht die eben so einfache wie einleuchtende Tatsache, daß die fieberhafte Entwicklung des Kapitalismus nur die Entwicklung seiner inneren Widersprüche ist, an denen er um so schwerer dahin siechen muß, je weiter er sein Szepter über die bewohnte Erde streckt. Eben jetzt treten einige dieser Widersprüche in blutiger Ironie auf den Begriff der bürgerlichen Kultur hervor, und wer sie nicht hört und sieht, hat keine Ohren zu hören und keine Augen zu sehen.“

Die imperialistische Kombination ökonomischer Ressourcen und militärischer Macht erschien Mehring nicht als eine innovative Markteroberungsstrategie, die die ungebrochene Vitalität des Kapitalismus bezeugte, sondern als eine Degenerationserscheinung der kapitalistischen Zivilisation, aus der man seinen bevorstehenden Zusammenbruch ableiten könne: Kolonial- und Weltpolitik stünden für den Rückfall des Kapitalismus in eine primitive Kultur des Raubes:

„Einst ein wirksamster Hebel der kapitalistischen Accumulation soll er [der Seeraub] heute unter dem wohlklingenden Namen der Kolonial- und Weltpolitik das kapitalistische Werk krönen, ein verwünscht gescheiter Gedanke, der nur gar so herzlich dumm ist, und nirgends dümmere als in Deutschland. Diese Rückkehr in seine Kindheitsträume, über die er in seinem kräftigen Mannesalter so weit hinaus war, ist vielleicht das schlagendste Symptom dafür, daß der Kapitalismus in sein Greisenalter getreten ist. Auch dieser Koloß hat thönerne Füße, und der Stein ist längst im Rollen, der sie zertrümmern wird. Sein immer stärker heraufschwellendes Echo leitet das 20. Jahrhundert sinnfälliger und wahrhaftiger ein, als der offizielle Glocken- und Posaunenklang, der in dieser Sylvesternacht von den Kirchen- und Schloßtürmen erschallen soll.“⁴⁷

Ähnlich verfuhr man bei der Beurteilung des „Organisierten Kapitalismus“ mit seiner Konzentration auf Kartelle, große Aktiengesellschaften, Kapitalexport und – vor allem in den USA – auf die Institution des Trusts. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg erkannten durchaus, daß mit diesen Erscheinungen der Kapitalismus in eine qualitativ neues Stadium seiner Entwicklung eingetreten war. Die Herrschaft des Großkapitals würde sich festigen; die Konkurrenz zwischen Unternehmen verlagere sich auf die höhere Stufe des Wettbewerbs zwischen kapitalistisch organisierten Nationalstaaten. Doch auch hier erfolgte die Umdeutung ökonomischer Expansion und Stärke in ein Niedergangsphänomen: Durch Organisation versuche der Kapitalismus in einem letzten, extremen Bemühen, schwindende Verwertungs-

47 F. Mehring, Rückblicke aufs 19. Jahrhundert, in: Vorwärts, 2. Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

bedingungen zu restituieren. Letztlich treibe er seine Konzentration auf die Spitze, deren Überschreiten den Sozialismus erst möglich mache, aber auch ihre notwendige Konsequenz sei. Das gelte auch für die Verschärfung der Klassengegensätze, die zur politischen Revolution führen könne, indem sie für klare Verhältnisse Sorge: Die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit würden auf die Spitze getrieben, „indem sie der Arbeiterschaft die Übermacht des organisierten Kapitals entgegenstellen und so den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in die schärfste Form potenzieren“.⁴⁸ In der sozialdemokratischen Deutungsstrategie waren letztlich auch kapitalistische Wachstumsphänomene in Niedergangerscheinungen umdeutbar geworden, indem man sie weniger als periodische systemimmanente Krisenerscheinungen, sondern als nicht mehr überbietbare Endpunkte einer linearen Entwicklung interpretierte, jenseits derer es notwendig zu Systemkrise und Zusammenbruch kommen müsse. Nichtlineare Erscheinungen verarbeitete man also im Rahmen der marxistischen Krisentheorie erneut in chiliastische Prognosemuster, die den erwarteten Systemzusammenbruch wieder näher an die Gegenwart heranrückten.

Aus der oben vorgenommenen Analyse der institutionellen Struktur, die die Reflexionsinstanz Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert angenommen hatte, wird erklärlich, welche Themen und Entwicklungen aus den sozialdemokratischen Zeitdiagnosen und Zukunftsdeutungen völlig herausfielen. Die unerbittlich beschworene Systemgegnerschaft versperrte den Blick auf alle ökonomisch-sozialpolitischen Tendenzen unterhalb der Schwelle des Umsturzes: Arbeitsrecht, Tarifpolitik, Arbeitszeit und soziale Absicherung spielten keinerlei systematische Rolle in den Prognosen für das 20. Jahrhundert. Ebenso fiel der Sozialstaat völlig durch das Raster; eine sozialdemokratische Übernahme und Ausgestaltung sozialstaatlicher Einrichtungen stand noch nicht zur Debatte; hier überließ man die Meinungsführerschaft weiterhin bürgerlichen Kreisen wie dem Verein für Socialpolitik, mit denen man in der Weimarer Republik dann plötzlich kooperieren mußte. Die Weimarer Jahre brachten einen immensen Aufschwung an sozialdemokratischen Beiträgen zu dieser Debatte, deren Beginn freilich versäumt und die im Grunde verspätet nachgeholt wurde. In der Frage der Geschlechterverhältnisse wußte man nichts zu sagen, was über die immer neuen Auflagen von Bebels *Longseller* hinausging, obwohl der Sozialstaat in den 1920er Jahren sich zunächst hauptsächlich den Frauen zuwandte, in einer dann stark patrisierenden, reglementierenden Form. Ähnliches galt für die Kommunalpolitik, obwohl die Sozialdemokratie auf kommunaler Ebene große Fortschritte machte und die klassische Einheit des „utopischen Staatssozialismus“ die Kommune war. Städtebauliche Reformkonzepte kamen eher aus dem bürgerlichen Lager und fusionierten erst in den 1920er Jahren mit dann nach-

48 Zit. in: Laschitzka, Im Lebensrausch, S. 125.

geschobenen SPD-Konzepten. Auch rechtsstaatliche und demokratietheoretische Erwägungen aus sozialdemokratischer Sicht suchte man vergebens. Es gab im Zentrum der Partei weder ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Regierungsform noch wurde über Alternativen nachgedacht. Damit fehlte aber ein ordnungspolitisches Koordinatensystem, in dem sich im Falle eines Systemwechsels institutionelle Neuschöpfungen leichter hätten verorten lassen. Die Entstehungsphase der Weimarer Republik setzte die Sozialdemokratie letztlich Herausforderungen aus, die sie im Grunde unvorbereitet trafen, und ein guter Teil ihres Legitimationsverlustes ist dem Lavieren zuzuschreiben, mit dem sie in den Anfangsjahren der Republik sowohl eigene Anhänger als auch mögliche Bündnispartner verprellte. Trotzdem waren es erst die schmerzhaften Lernprozesse der Kriegs- und Nachkriegsjahre, die die deutsche Sozialdemokratie – zum Preis ihrer Spaltung und Schwächung – überhaupt für das 20. Jahrhundert politikfähig machten.

Dabei ist festzuhalten, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihren Parlamentariern, Arbeitersekretären, Kassenkontrolleuren und Kommunalpolitikern durchaus entsprechende Kompetenz akkumuliert hatte. Daß Kenntnisse, Konzepte und Fertigkeiten zumindest im Hintergrund zur Verfügung standen, erklärt die Schnelligkeit, mit der die Lernprozesse der 1920er Jahre schließlich abliefen. Aber erst jetzt gelangten die Experten in diesen Politikfeldern gewissermaßen in die „erste Reihe“ der Partei. Um die Jahrhundertwende waren ihre Stimmen noch ungehört geblieben, und ihre Erfahrung hatte den Weg in den sozialdemokratischen Grundsatzdiskurs noch nicht gefunden.

IV. Spiegel der eigenen Führungsstellung: Referenzgesellschaften. Die Reflexionsinstanz Sozialdemokratie, die beanspruchte, nicht nur für die ganze deutsche Arbeiterbewegung zu sprechen, sondern für das Weltproletariat, bezog sich um 1900 nicht mehr auf Vorbilder in anderen Gesellschaften des Westens; selbstbewußt bis zur Hybris sah man sich selbst als modellhaftes Vorbild für die anderen. Während man in den 1860er Jahren noch auf England geschaut hatte, wenn es um den Stand der industriellen Entwicklung oder die organisatorische Stärke der Gewerkschaften ging, so hatte sich die deutsche Industrie an der Schwelle zum neuen Jahrhundert angeschickt, zusammen mit den USA das alternde britische Empire zu überflügeln, und die Sozialdemokratie verstand sich als Lokomotive für die stärkste Gewerkschaftsbewegung der Welt. Während man in den 1860er Jahren die USA und die Schweiz noch als politische Vorbilder betrachtet hatte – als Manifestationen der demokratischen Republik, die man im „freien Volksstaat“ anstrebte –, so hatten sich diese Gesellschaften bis 1900 in den Augen der Sozialdemokratie derart profan „normalisiert“, daß sie zu einer positiven Referenz nicht mehr taugten. Gleiches galt für das in den 1860er und 1870er Jahren so vorbildhaft revolutionäre Frankreich. Vor allem aber die eigene Organisationsleistung prädestinierte die deutsche Arbeiterbewegung in der

sozialdemokratischen Selbstsicht zu einer Führungsstellung, gegenüber der die Entwicklungen in den westlichen Nachbarstaaten nur als defizitär erscheinen konnten.

Wenn man eigene Defizite in internationaler Perspektive auch von vornherein ausschloß, konstatierte man solche durchaus mit Blick auf die spezifische deutsche Gesellschaftsordnung, die man durch die Verbindung von kapitalistischer Wirtschaft und autoritärem Obrigkeitsstaat gegenüber den Referenzgesellschaften nachteilig geprägt sah. Die Fortexistenz und anachronistische Machtstellung des preußischen Landadels sowie der Opportunismus des Bürgertums bildeten eine deutsche Besonderheit, die die volle Herausbildung der bürgerlichen Klassengesellschaft bis dato behindert habe. Die Verantwortung für dieses strukturelle Defizit trugen andere Gruppen: eben die Junker – aus Machtinteressen – und die Bourgeoisie – aus Feigheit. Letztlich diente diese Schuldzuweisung den sozialdemokratischen Prognostikern dazu, eigene Verantwortlichkeiten für das Klima in der politischen Landschaft Deutschlands von sich zu weisen – so etwa für den demonstrativen Verzicht auf jede Bündnispolitik und das Verharren im Milieu der Klassenpartei, das seinerseits zur Erstarrung der politischen Fronten im Kaiserreich beitrug:

„Wie lange es aber noch ins 20. Jahrhundert hinein gehen wird, das ist eine nicht zu beantwortende Frage, weil die richtige Antwort auf sie an eine nicht zu berechnende Voraussetzung geknüpft ist. Den geringsten Grund, über den Zickzackkurs zu klagen, hat diejenige Gesellschaftsklasse, die am meisten über ihn jammert, nämlich die Bourgeoisie, denn sie verschuldet ihn in erster Reihe. Sie könnte gemeinsam mit dem Proletariat, dessen Bundesgenossenschaft, wie sie sehr wohl weiß, ihr für diesen Fall sicher ist, mit dem Junkertum gründlich aufräumen und die politische Gewalt auf die Höhe der bürgerlichen Kultur erheben, worauf in den westeuropäischen Kulturvölkern regiert wird. Die Kräfte oder richtiger die nötigen Machtmittel dazu fehlen ihr nicht, aber der Mut, der Mut! Der Mut sowohl, den junkerlichen Stier an den Hörern zu packen, als auch – und noch viel mehr – der Mut, ein Bündnis mit dem Proletariat einzugehen, fehlt vollständig. Dieser traurige Mangel an Courage, der die deutsche Bourgeoisie in so kläglicher Weise vor ihrem europäischen, doch auch nicht allzu trutzigen Geschwister auszeichnet, verschuldet in erster Reihe die quälenden Agonien des Zickzackkurses, und es ist eine seltsame Verkennung der Sachlage, für ein Zeichen moralisch-politischer Gesundheit zu halten, was gerade die schlimmste Form moralisch-politischer Erkrankung ist. Haben sich die großen Vorkämpfer des deutschen Proletariats den historischen Entwicklungsprozeß in Deutschland ungleich kürzer vorgestellt, als er sich tatsächlich vollzieht, so wurzelte ihr Irrtum doch nicht darin, daß sie Moral und Politik der deutschen Bürgerklasse *unter*-, sondern vielmehr darin, daß sie diese Qualitäten, mindestens in dem historisch entscheidendsten Punkte, *überschätzt* haben.“⁴⁹

49 Mehring, Rückblicke aufs 19. Jahrhundert, Teil III.

Der sozialdemokratische Blick über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus bezog seine spezifische Optik aus der Annahme, die Entwicklung des Kapitalismus, der Industrie und der Arbeiterbewegung würde in allen Nationen prinzipiell den gleichen Verlauf nehmen. Diese grundsätzliche Konvergenzannahme wurde nur zeitlich qualifiziert, d. h. in einen Interpretationsrahmen gekleidet, der zwischen Pionierländern und Nachzüglern unterschied. Als Kriterien der Einordnung einer Gesellschaft in die Rangfolge der Nationen galten dabei zugleich und unabhängig voneinander der Stand der industriellen Entwicklung und die organisatorische Lage der jeweiligen Arbeiterbewegung. Eine industrielle Führungsstellung – wie sie etwa England noch einnahm – konnte auf einen gesellschaftlichen Entwicklungsvorsprung hindeuten, der einen baldigen Übergang zum Sozialismus verhieß, ohne daß dieser sich automatisch aus dem industriellen Vorteil ableitete. Umgekehrt konnte sich – etwa aus der Opposition gegen einen besonders reaktionären oder autoritären Staat – eine starke Arbeiterbewegung auch in wirtschaftlich rückständigen Gesellschaften formieren, bis hin zu einer spontanen Volksrevolte, die eine sozialistische Revolution voluntaristisch vorwegnahm. Letztlich gemäß diesem Kriterienkatalog verortete die deutsche Sozialdemokratie Deutschland an der Spitze der Moderne: Das Deutsche Reich spielte eine gewichtige Rolle in der Phalanx der ökonomischen Großmächte und besaß die umfangreichste, bestorganisierte und erfolgreichste Arbeiterbewegung aller Industriestaaten Europas und Nordamerikas.

Aus der Perspektive dieses Interpretationsmusters setzte man die größten Hoffnungen nicht auf England, sondern auf den ökonomischen Nachzügler Frankreich. Die Ernennung des Sozialisten Millerand zum Minister und der Durchbruch des französischen Sozialismus zur Massenbewegung schienen alle industriellen Rückständigkeiten wettzumachen:

„Die *socialistische Partei* darf mit ungemischter Zufriedenheit auf das verflossene Jahr zurückblicken. Sie geht aus der Landeskrisis wie aus der durch diese mit bedingten inneren Parteikrise gestärkt hervor, und zwar auf Kosten der anderen Parteien, die sämtlich in diesem oder jenem Grade durch die Dreyfus-Krise geschädigt wurden. Ihre Beteiligung am Kampfe war von entscheidender Bedeutung sowohl für die Verteidigung der republikanischen Freiheiten, der Vorbedingung des endgültigen Sieges des Socialismus, wie auch für ihr eigenes weiteres Wachstum. Der Satz, der theoretisch freilich eine Binsenweisheit, daß eine Kampfpartei nur im und durch den Kampf wächst, ging der als *Massenbewegung* relativ jungen socialistischen Partei Frankreichs zuerst in Fleisch und Blut über. Und es war wirklich die *socialistische Masse*, die im letzten Jahre die praktische Erziehungsschule eines großen geschichtlichen Kampfes durchgemacht hat. Die *socialistischen Truppen* haben daher nicht nur zugenommen, sondern auch an innerer Tüchtigkeit gewonnen.“⁵⁰

50 Frankreich im Jahre 1899, in: *Vorwärts*, Nr. 2, 4.1.1900.

Diese doppelte Deutungskonstruktion prägte auch das Bild, das sich die deutsche Sozialdemokratie von Rußland machte. Hier war die ökonomische Rückständigkeit gegenüber den westlichen Gesellschaften fraglos extrem; um so interessierter beobachtete man das Einsetzen revolutionärer Gärungen vor allem auf dem polnischen Territorium. Die revolutionären Tendenzen wertete man als Konsequenz des besonders reaktionären Charakters politischer Herrschaft, wie er sich im brutalen Unterdrückungsregime des Zaren manifestierte. Im Grunde gelang es der Sozialdemokratie damit, ein ungeschminkt abwertendes Bild des „rückständigen Ostens“ zu skizzieren, das unverkennbare ethnizistische und rassistische Züge trug. Den unterschwelligen Ethnizismus und Rassismus der eigenen Anschauungen tarnte man dadurch, daß man seine abwertenden Beurteilungen auf das politische System Rußlands projizierte und die revolutionären Bestrebungen im Lande zumindest moralisch und propagandistisch unterstützte. Die deutsche Sozialdemokratie bewegte sich mit ihren darwinistisch-abfälligen Vorstellungen vom „dumpfen Osten“ durchaus im nationalistischen *Mainstream* der Zeit; allenfalls ihre politische Akzentuierung und Revolutionsrhetorik verliehen diesen Anschauungen eine spezifisch sozialdemokratische Qualität.⁵¹

In den Jahren vor und nach 1905 sollte sich über die Beschäftigung mit dem russischen Despotismus ein wichtiger zweiter Diskurs legen, der nach dem Krieg dann die Spaltung der Partei zementierte. Die russischen und polnischen Revolutionsbestrebungen, von exilierten Intellektuellen in die Parteidiskussion gebracht, boten nämlich Anlaß zu einer Wiederaufnahme der Grundsatzdebatte über Strategie und Taktik des Umsturzes. Es war dieser Diskurs, in dem ein neuer linker Radikalismus Konturen annahm, der den politischen Massenstreik als offensive Waffe der Revolution propagierte, konspirative und kaderartige Organisationsvorstellungen entwickelte und auf außerparlamentarische Formen der Systemüberwindung setzte. Die Haltung gegenüber den revolutionären Tendenzen in Rußland informierte somit eine innerparteiliche Strategiediskussion, die den Diskurs über Demokratie und Diktatur, über die Struktur der Partei und die „Diktatur des Proletariats“ ansatzweise neu entfachte und zentrale Frontstellungen vorwegnahm, die das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus über weite Strecken des 20. Jahrhunderts prägen sollten. Im Diskurs über die Lehren aus Rußland schieden sich die Flügel in der Partei in uneingeschränkte Revolutionsbefürworter und Revolutionsskeptiker, in ein linkes Lager, das der revolutionären Überwindung der Klassengesellschaft gegenüber der demokratischen Regierungsform unbedingte Priorität einräumte, und einen nach wie vor mehrheitlichen *Mainstream*, der Demokratie und Rechtsstaat als Grundbedingung für eine Veränderung der Klassenverhältnisse verteidigte. Der schrille verbalradikale Fundamentalismus der Programmbeiträge zur

51 Des Zaren Jahrhundertsgruß, in: *Vorwärts*, Nr. 305, 31.12.1899.

Jahrhundertwende verdeckte somit, daß die sich ankündigende Spaltung der Partei das demokratisch-rechtsstaatliche Profil ihres Mehrheitsflügels längst zu schärfen begonnen hatte. Was in der Tradition der SPD seit 1848 immer zusammengehört hatte, nämlich (politische) Revolution *und* Demokratie, trennte sich nun zusehends und irreversibel.

Unverhohlene Enttäuschung spiegelten dagegen Stellungnahmen zur Gegenwart und Zukunft der Vereinigten Staaten von Amerika. Lange Zeit hatten die USA wenn auch nicht auf sozialem Terrain, so doch im Bereich des Politischen, als Vorbild gedient: als – neben der Schweiz – weltweit einzige stabile Realisierung des republikanischen Freistaats. Nunmehr konstatierte man nahezu fassungslos, daß die Amerikaner mit ihrem Krieg gegen Spanien, ihren Eroberungsfeldzügen um Kuba, Panama, Hawaii und die Philippinen sowie ihrer forcierten Flottenrüstung an führender Stelle in den Kreis der imperialistischen Nationen eingetreten waren. Die amerikanische Republik, kommentierte man empört, führe sich auf wie die autoritären Militärstaaten Europas; der amerikanische Kapitalismus habe demzufolge die Idee der Republik verraten und beschädigt:

„Noch vor dreißig Jahren feierte ein edler bürgerlicher Denker, feierte Johann Jacoby, das ‚freie Amerika‘, das im Gegensatz zu der Blut- und Eisenpolitik Europas das Ideal des Friedens verwirklichte, und am Ende des Jahrhunderts beginnt das ‚freie Amerika‘ einen kapitalistischen Raubzug, dessen sich kein europäischer Militärstaat hätte zu schämen brauchen, während diesem Kriege wieder auf dem Fuße folgt ein noch ärgerer kapitalistischer Raubkrieg desjenigen bürgerlichen Staates, der noch am ehesten ein bürgerlicher Kulturstaat genannt werden durfte.“⁵²

Diese aktuelle politische Enttäuschung verband sich mit der seit langem gemachten irritierenden Erfahrung, daß in den industriell so fortgeschrittenen USA die dortige sozialistische Arbeiterbewegung kaum Boden gut machen und in die dominante, parteipolitisch nicht einheitlich gebundene amerikanische Gewerkschaftsbewegung so gut wie gar nicht eindringen konnte. Die Berichte von der sozialistischen Bewegung in einem der freiheitlichsten Staaten der Welt durchzog ein resignativer Beigeschmack. Die Analyse der Ursachen für diese Misere freilich trug unverhohlene ethnizistische, rassistische und sogar antisemitische Züge:

„Die Geschichte des Sozialismus in Amerika ist eine Geschichte von Krisen ohne Perioden des Aufschwungs. . . Die Umstände sind es, die den amerikanischen Sozialismus zum Schmerzenskind der internationalen Arbeiterbewegung machen. Die Maschinenpolitik, wie wir sie in der Übersicht über das Jahr 1898 kurz zeichneten; das Gähnen und Wogen der eingewanderten Bevölkerung der Großstädte; ihr Mangel an Bürgersinn; die Verschiedenartigkeit der Rassen – kurz das ethische und geistige Werden, in dem die Union sich noch befindet, ist einem gesunden Wach-

52 Mehring, Rückblicke aufs 19. Jahrhundert, in: Vorwärts, 2. Beilage zu Nr. 305, 31.12.1899.

thum der sozialistischen Bewegung nichts weniger als günstig. Auch diejenigen, welche als Sozialisten aus Europa hierherkommen, bewahren selten ihre Kraft. Das Wesen der Einwanderer erfährt unter dem Einfluß der anglo-sächsischen Kultur eine gewisse Ablenkung. Es müssen überhaupt schon Mitglieder einer starken, herrschenden Rasse sein, die auch im Ausland ihr besseres Wesen bewahren. Gewöhnlich verlieren Einwanderer ihre guten Eigenschaften und nehmen dafür vorerst die schlechten ihrer neuen Umwelt an. Bei Juden geht dieser Prozeß viel rascher vor sich als bei deutschen. Aber auch bei letzteren ist dies, von Ausnahmen abgesehen, die Regel.“⁵³

Die populärdarwinistische Auffassung, die dieser Darstellung unterlag, belegte eindrücklich, daß rascher gesellschaftlicher Wandel eine sozialistische Bewegung auch überfordern konnte; daß diese mithin in ihren Expansions- und Konsolidierungspotentialen fundamental von einer ruhigen, kontinuierlichen Entwicklung abhing, wie sie sich die deutsche Sozialdemokratie in Beurteilung ihrer eigenen Lage zurechtinterpretiert hatte. Die SPD hatte sich von einer revolutionären Bewegung in eine passiv beobachtende Partei verwandelt, die gesellschaftliche Entwicklung in die Kategorien einer naturgesetzlichen Evolution kleidete. Nicht zuletzt auch die rassistischen, kulturell-nationalistischen Untertöne dieser Evolutionsrhetorik verraten, wie weit die deutsche Sozialdemokratie um die Jahrhundertwende im gesellschaftlichen und kulturellen System des Wilhelminischen Deutschland angekommen war. Sie deutete ihre erfolgreiche kontinuierliche Organisationspolitik als eine kulturelle Leistung in eigenem Recht, gegenüber der die Arbeiterbewegungen aller anderen Länder unverkennbare Defizite in ihrer Reife aufwiesen. Und daraus leitete man den unumwundenen Anspruch auf die eigene politisch-kulturelle Führungsstellung in der Welt ab, womit man im Grunde im Vergleich der Arbeiterbewegungen der Moderne kulturell-nationalistische Überlegenheitsvorstellungen verankerte: „[D]er Deutsche ist sich mit Recht bewußt, auf einer Höhe sozialistischer Kultur zu stehen, die der Amerikaner erst erklimmen muß“.⁵⁴

V. *Schluß*. Die Zeitdiagnosen und Zukunftsvorstellungen der deutschen Sozialdemokratie an der Schwelle zum 20. Jahrhundert beherrschte der Primat der Selbstvergewisserung. Man stellte sich in langfristige Kontinuitäten, um den organisatorischen Wachstumskurs der Partei als den einzig möglichen und richtigen Weg in den Sozialismus zu rechtfertigen. Man legitimierte damit eine zunehmend pragmatische Politik des Status quo als immer noch potentiell revolutionär, indem man das chiliastische Endziel in eine ferne Zukunft verlegte und die Verwirklichung der Utopie von den anonymen

53 M. Beer, Die Vereinigten Staaten im Jahre 1899, in: Neue Zeit 18. 1899/1900, Nr. 16, S. 488–492; 488.

54 Ebd., S. 489.

Kräften einer industriellen Entwicklung abhängig machte, die man nicht kontrollierte, deren Logik zu kennen man aber vorgab. Der Sinn dieser Deutungsoperation bestand in ihrer integrierenden Funktion für das Selbstverständnis der Partei: Das Festhalten an der Utopie hielt die disparaten Fraktionen und Tendenzen in der Partei auf einer Ebene zusammen, auf der dieser integrierende ideologische Mechanismus nicht an einer widersprüchlichen Realität gemessen werden mußte. Die Zeitdeutungen der SPD um 1900 waren darauf ausgerichtet, eine Identität zu bestärken, die sich mittlerweile hauptsächlich aus Organisationsintegrität, Wahlkampffixierung und Kontinuität speiste. Sie sind Dokumente eines zunehmenden Strukturkonservatismus, dessen Konsequenzen konturenscharfe Schatten auf die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Partei warfen. Dieser Konservatismus sollte die SPD vor 1914 in totalem politischen Immobilismus erstarren lassen. Nach der steil aufsteigenden Serie aufsehenerregender Wahlerfolge gab es bei den „Hottentottenwahlen“ von 1907 das erste Mal seit langem einen deutlichen Einbruch. Die Angst vor weiteren Niederlagen begünstigte in der Folgezeit das blinde Festhalten am Althergebrachten: am Nebeneinander von Revolutionsrhetorik und Praktizismus, von Verbalradikalität und parlamentarischer ad hoc-Taktik und von Organisationsfixierung und Milieueingelung. Politische Innovationskraft wurde nicht prämiert. Aber der nachlassende Optimismus, der erlahmende Schwung, der in solchen Rückschlagsgefechten aufschien, ließ den Nimbus der deutschen Sozialdemokratie spürbar verblassen. Konsequenterweise verlor sie, die so lange Zeit das erklärte Modell der europäischen Arbeiterbewegungen gewesen war, vor dem Krieg ihre führende Stellung in der Sozialistischen Internationalen.⁵⁵ Es war ausgerechnet der Verbalradikalismus der Revolutionsrhetorik, der zum augenfälligsten Ausdruck dieses Strukturkonservatismus avancierte. Das hatte Wilhelm Liebknecht, der das Ende des Jahres 1900 nicht mehr erleben sollte, bereits während der „Zukunftsstaatsdebatte“ um 1893 in wünschenswerter Klarheit ausgedrückt:

„Wir haben die Revolution nicht abgeschworen, wir werden sie nicht abschwören. Wir haben unter dem Sozialistengesetz, als jedem von uns das Damoklesschwert der Ausweisung und der schlimmsten Expatriierung über dem Kopf hing, wir haben hier hohen Hauptes bekannt: *Wir sind eine revolutionäre Partei*. Wir sagen dasselbe heute und werden es alle Zeit sagen. Wir haben uns nicht geändert und ändern uns nicht.“⁵⁶

⁵⁵ Vgl. Groh, *Negative Integration*, S. 77.

⁵⁶ Zit. in: *Redner der Revolution*, Bd. 5: Wilhelm Liebknecht (1826–1900), Berlin 1925. Liebknecht starb am 7. August 1900. 120.000–150.000 Sozialdemokraten nahmen an seinem Begräbnis in Berlin teil.